



GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2019/5

➤ **Genehmigt am 20.2.2020**

Datum/Zeit	Donnerstag, 31. Oktober 2019, 18:00 - 21:25 Uhr	
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen	
Vorsitz	Fels Silvia (EVP)	1
Anwesend Mitglieder GGR	Fredrich Bettina (SP)	
	Kuert Matthias (SP)	
	Mahler Rudolf (SP)	
	Nova Colette (SP)	
	Rajaratnam Saibaven (SP)	
	Selmani Emsale (SP)	ab 20:05 Uhr
	Tanner Adrian (Grüne)	ab 20:45 Uhr
	Weishaupt Jakob (SP)	
	Zeyer Christian (SP)	
	Zeyer Priska (SP)	10
	Friedli Hans Peter (SVP)	
	Gränicher Adrian (SVP)	
	Hausammann Hans Rudolf (SVP)	
	Hirsiger Ernst (SVP)	
	Streule Christian (SVP)	
	Truog Markus (SVP)	
	Wipfli Hans (SVP)	
	Zysset Walter (SVP)	8
	Löhner Sandra (CVP)	
	Wagner Rahel (EVP)	
	Zürcher Myriam (EVP)	3
	Leiser Christoph (FDP)	
	Rickenbach Rolf (FDP)	
	Schläppi Thomas (FDP)	
	Weibel Tobias (FDP)	
	Zesiger Stefan (FDP)	
	Rüfli Roland (parteilos)	6
	Tamàs Oliver (GLP)	
	Züllig von Allmen Dorothea (GLP)	2
	Bärtschi Mosimann Astrid (BDP)	1
	Total anwesend	<u>31</u>
Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Blaser Erich (SVP), Gasser Melanie (GLP), Grasso Gerardo (FDP), Panayides Aliko (SVP), Thomann Andreas (SP) und Weber Hadorn Maya (SP)	

Gemeindeschreiberin	Stuedler Barbara
Protokollführer	Kumli Jürg, Ratssekretär/Gemeindeschreiber Stv.
Abwesend	Mitglieder GGR: Bendoza Thomas (GLP), Buchter Yannick (SVP), Fiechter Beat (BDP), Hangartner Judith (parteilos), Luyet Cédric (GLP), Schneiter Roger (SVP), Thomann Thulani (SP), Toggwiler Denis (GLP) und Zaugg Gerhard (SVP)

TRAKTANDEN

240. Finanzkommission; Ersatzwahl.....	185
241. ICT-Infrastruktur Schulen: Ersatzbeschaffung für die Betriebsdauer von 2014 - 2019; Kreditabrechnung.....	186
242. Abfallreglement; Genehmigung der Totalrevision per 1. Januar 2020.....	187
243. Kindertagesstätte "Hummelinäscht": Einladungsverfahren Privatisierung; Genehmigung	188
244. Jugend/Familie: Betreuungsgutscheine; Systemänderung und Verpflichtungskredit; Genehmigung.....	193
245. Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2020 - 2024; Genehmigung	204
246. Budget 2020 mit Festsetzung der Steueranlagen; Genehmigung	216
247. Überbauungsordnung "Poststrasse Süd": Aufhebung Sektor D der Zone mit Planungspflicht Nr. 27 „Bahnhof“; Genehmigung	217
248. Interpellation EVP/CVP-Fraktion betreffend Lärm und Geschwindigkeitsüberschreitungen durch "Autoposer" auf der Bernstrasse; schriftliche Beantwortung.....	221

5. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 31. Oktober 2019

249.	Interpellation GLP/BDP-Fraktion betreffend "Erläuterungen zum Jahresabschluss 2018 im Hinblick auf das Budget 2019"; schriftliche Beantwortung.....	222
250.	Orientierungen des Gemeinderates	223
a.	Kooperation Bern; Begleitgruppe Ostermundigen	223
b.	Dringliche Motion betreffend „Zukunftsfähige Überbauung auf dem San Siro“	223
c.	Motion betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des Debakels der PVS BIO; aktueller Stand	223
d.	Überparteiliche Interpellation betreffend Stand der Umsetzung der Motion betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des Debakels der PVS BIO	224
e.	Überparteiliche Motion „Nachhaltige Sportplätze in Ostermundigen“	224
251.	Überparteiliche Motion „Besserer Budget- und Finanzprozess“; parlamentarischer Neueingang.....	226
252.	Pendenzenliste ab 2015	227

Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Ich begrüsse alle Anwesenden herzlich zur 5. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) des Jahres 2019. Besonders möchte ich die Delegation von ukrainischen Studentinnen zum Projekt "Young Generation Will Change Ukraine" hier im Tellaal begrüessen. ¹

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf. Momentan sind 29 Ratsmitglieder anwesend und der Rat ist somit beschlussfähig.

Da der Stimmzähler, Gerhard Zaugg (SVP), heute Abend nicht anwesend ist, hat das Parlament einen interimistischen Ersatzstimmzähler zu wählen. Die SVP-Fraktion schlägt dem Plenum Walter Zysset als Stimmzähler vor.

Abstimmung

Walter Zysset (SVP) wird einstimmig als Ersatzstimmzähler gewählt. - Besten Dank Walter.

1. Markus Truog (SVP) nimmt heute Abend als Nachfolger von Marlis Weber im Parlament Einsitz.
2. Gestützt auf Artikel 33 der "Geschäftsordnung des GGR" nehmen zu den Traktanden:

Nr. 243 + 244 Herr Daniel Bock, Abteilungsleiter Soziales;

Nr. 245 + 246 Herr Martin Reusser, stellvertretender Abteilungsleiter Finanzen/Steuern, und Frau Jaqueline Rupf, externe Mitarbeiterin Büro Finances Publiques AG, und

Nr. 247 die Herren Walter Wirz, Gemeindeplaner, und Manuel Hutter, Kontur Projektmanagement AG an der heutigen Sitzung teil.
3. Auf den Tischen wurde verteilt:
 - Budget 2020; Korrigenda zum Antrag der Exekutive
 - An der Oberen Zollgasse 40 entsteht die Kita Ostermundigen
 - Personalsituation und Stellenbesetzung im Hochbau; Information
4. Die nächste Sitzung findet am **19. Dezember 2019** statt. Im Anschluss treffen wir uns zum Jahresschlussessen. Reserviert euch die Termine in der Agenda!
5. Da die Sitzung heute länger dauert, hat der Ratssekretär auf eine Reservation in einem Restaurant verzichtet.

¹ <https://bhfamily.org/en/proekty/molod-zminyt-ukrayinu/>

Traktandenliste

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Die folgenden Anpassungen sind zu vermerken:

Das Traktandum Nr. 242 - Die Totalrevision Abfallreglement wurde zur Überarbeitung zurückgezogen.

Das Traktandum Nr. 250 - Orientierungen des Gemeinderates

- a. Kooperation Bern; Begleitgruppe Ostermundigen
Sprecher: T. Iten
- b. Dringliche Motion betreffend „Zukunftsfähige Überbauung auf dem San Siro“
Sprecher: T. Iten
- c. Motion betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des Debakels der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO); aktueller Stand
Sprecher: A. Thomann/M. Gasser
- d. Überparteiliche Interpellation betreffend Stand der Umsetzung der Motion betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des Debakels der PVS BIO
Sprecher: A. Thomann/M. Gasser
- e. Überparteiliche Motion „Nachhaltige Sportplätze in Ostermundigen“
Sprecher: A. Thomann

B e s c h l u s s

Die ergänzte Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

10.6.03/20.201 Finanzkommission

240. Finanzkommission; Ersatzwahl

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Auf Vorschlag der BDP/GLP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Als Ersatz für die zurückgetretene Andrea Schneiter-Giacometti (BDP) wird Yves Jordi (BDP) für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. November 2019 bis 31. Dezember 2020 als Mitglied der Finanzkommission gewählt.

13.5.16 Informatik (ICT)

241. ICT-Infrastruktur Schulen: Ersatzbeschaffung für die Betriebsdauer von 2014 - 2019; Kreditabrechnung

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Gerardo Grasso (FDP): Der bewilligte Kredit wurde um CHF 8'383 unterschritten. Von den budgetierten Reserven von CHF 38'016 wurden lediglich CHF 29'632 benötigt. Die Kosten sind also im Lot.

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Die Kreditabrechnung über die Ersatzbeschaffung der ICT-Infrastruktur in den Schulen für die Betriebsdauer von 2014 bis 2019 (abschliessend mit einem Gesamtaufwand von CHF 791'616.70) wird zur Kenntnis genommen.

40.12.01 Vorschriften, Weisungen, Gesetze, Leitbild, Reglement

242. Abfallreglement; Genehmigung der Totalrevision per 1. Januar 2020

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Die Totalrevision des Abfallreglements wird zur Überarbeitung zurückgezogen.

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Die Geschäftsprüfungskommission hat das Geschäft als nicht behandlungsreif erachtet. Aus diesem Grund habe ich mich dazu entschlossen, das Geschäft zur Überarbeitung zurückzuziehen. Das Reglement wird mit den Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission überarbeitet und zu einem späteren Zeitpunkt (voraussichtlich im Mai 2020) zuhanden des GGR wieder traktandiert. Das Inkrafttreten wird neu auf den 1.1.2021 geplant.

Infolge dem übergeordneten Recht wird eine Massnahme jedoch bereits per 1.1.2020 in Kraft treten:

- Betriebe mit über 250 Mitarbeitenden müssen keine Grundgebühren mehr bezahlen. Mittels den erforderlichen Verträgen wird die Abfallentsorgung durch die Gemeinde Ostermundigen geregelt.

Als dann wird das überarbeitete Reglement der Geschäftsprüfungskommission für eine erste Lesung vorgängig zugestellt.

Vielen Ratsmitgliedern ist nicht bewusst, dass eine Überarbeitung eines Reglements einen Zeitrahmen von mindestens sechs Monaten benötigt. Das totalrevidierte Abfallreglement soll zu einem "Musterreglement" für den Kanton Bern werden.

63.13.10 Betrieb

243. Kindertagesstätte "Hummelinäscht": Einladungsverfahren Privatisierung; Genehmigung

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Sandra Löhner (CVP): Die CVP/EVP-Fraktion wird diesem Geschäft zustimmen.

Das Geschäft Privatisierung „Hummelinäscht“ steht nicht zum ersten Mal zur Debatte. Das Angebot Kindertagesstätte ist ein boomender Markt - die Nachfrage ist unbestritten gross. Die Einführung der Betreuungsgutscheine in der Stadt Bern hat sich bewährt und wird auch bei uns folgen. Um allen Anbietern die gleichen marktwirtschaftlichen Bedingungen zu bieten, müsste die Kindertagesstätte „Hummelinäscht“ privatisiert werden.

Das ist kein einfacher Schritt. Die Angestellten sollen einen neuen Arbeitgeber erhalten, vielleicht auch ein neues pädagogisches Konzept? Die Unsicherheit ist sicher gross - wir alle können das nachvollziehen. Es ist wichtig, den Angestellten - aber auch den Eltern und Kindern gegenüber zu zeigen - dass es uns wichtig ist, was mit der gemeindeeigenen Kindertagesstätten passiert. Der Gemeinderat hat mit der Gewichtung der Zuschlagskriterien gezeigt, dass auch ihm die Anliegen des Personals wie auch das pädagogische Konzept wichtig sind und hat es in der Ausschreibung mit einer hohen Gewichtung vorgesehen.

Ebenfalls freut uns die neue Beschlussesziffer 2 des Antrags, welche verlangt, dass dem GGR der konkrete Vorschlag nochmals zu unterbreiten ist. Wir werden also erst in einem weiteren Schritt über die definitive Privatisierung des „Hummelinäscht“ entscheiden können.

Tobias Weibel (FDP): Wir von der FDP. Die Liberalen stehen einer Privatisierung der Kindertagesstätte Hummelinäscht positiv gegenüber. Es war auch ein Vorstoss aus unseren Reihen, der diese Idee bereits mal aufgegriffen hat. Die ausgearbeiteten Faktoren und Bewertungskriterien erscheinen uns sehr vorbildlich und umfangreich. Wir sind darum davon überzeugt, dass die Privatisierung behutsam über die Bühne geht und keine Qualitätseinbussen zu erwarten sind.

Bettina Fredrich (SP): Am 15.12.2016 hat der GGR aufgrund eines Expertenberichts beschlossen, die Kindertagesstätte Hummelinäscht in der bisherigen Form beizubehalten.

Mit den Erwägungen/Ausführungen dieses Berichts konnten und können wir uns identifizieren. Nun stellt sich die Frage neu, weil die kantonale Regulierung sich geändert hat.

- Das Geschäft wurde in SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion intensiv diskutiert.
- Die Fraktion ist nicht einer Meinung.
- Als SP-Frau werde ich hellhörig, wenn mir eine Privatisierung als Wundermittel angeboten wird... wenn da beispielsweise steht:
 - Unter Punkt Qualitätssicherung/ Coaching «Ein privater Träger kann u. a. durch seine Vermarktungsstrategie die Qualität der Kindertagesstätte Hummelinäscht sichern.»

→ Da frage ich mich.... Wie kommt der Gemeinderat zum Schluss, der Markt regle gute Qualität von allein? Dies insbesondere im Betreuungssektor, wo wie wir alle wissen, gute Qualität durch gut ausgebildetes Personal erzielt wird und zusätzlich kostet?

- Oder auch unter dem Punkt Wettbewerbsverzerrung «Es ist davon auszugehen, dass sich neue Kitas ansiedeln, da sich mit Kitas Geld verdienen lässt»
- Der Markt regelt also Angebot und Nachfrage, weil Profit erzielt werden kann? Ja, soll man denn mit Kitas Profit erzielen? Und wie verträgt sich das mit der Forderung nach Qualität?

Ich könnte jetzt noch weiterfahren... weitere Beispiele/Zweifel anfügen. Ich tue es aber nicht...

Denn ich bin mit dem Gemeinderat in einem Punkt - dem wichtigen Punkt - einig:

Oberstes Ziel in der Frage ob die Kita einer anderen Trägerschaft übergeben wird oder nicht, muss die Qualität der Kita sein.

Was qualitativ gut ist – haben viele Studien gezeigt. Hier hat man in den letzten Jahren grosse Fortschritte gemacht.

Damit wir am Schluss wirklich diejenige Trägerschaft auswählen, welche die beste Qualität garantiert und möglichst vielen Eltern erlaubt, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, möchten wir beliebt machen, die Entscheidkriterien von Seite 5 der Botschaft um einige zentrale Punkte zu ergänzen.

Für Qualität entscheidend ist nämlich neben vielen anderen Kriterien, die hier richtigerweise aufgeführt sind (z. B. Arbeitsbedingungen / pädagogisches Konzept etc.) auch der **Betreuungsschlüssel** in einer Kindertagesstätte (wie viele ausgebildete Erwachsene auf wie viele Kinder). Entscheidend, ob Eltern z. B. auch Alleinerziehende ein Angebot nutzen können, sind zudem die **Öffnungszeiten** der Kita (für Working Poor Familien z. B. oder Alleinerziehende sind grosszügige Randzeiten elementar). Zudem waren wir erstaunt, dass in der ganzen Botschaft die **Grösse der Kitakette – der Organisation** als grundlegend zentrales Argument für eine Privatisierung des Hummelinäscht aufgeführt wird, dass dieses Kriterium bei den Entscheidkriterien aber nicht erscheint. Wir möchten also auch die Grösse der Organisation berücksichtigen. Und wir möchten der Transparenz halber zudem beliebt machen, in den Kriterien auszuweisen, um welche Organisationsform (gemeinnützig, non-profit etc.) es sich bei den zur Auswahl stehenden Kitas handelt.

Damit wir am Schluss wirklich alle Angebote auf dem Tisch haben und die Besten auswählen können, möchten wir zudem beliebt machen, auch die Stadt zum Einladungsverfahren einzuladen. Wir möchten Punkt 1 also folgendermassen ergänzen:

Änderungsantrag Nr. 1

Beschlussesziffer Nr. 1 wird ergänzt mit dem Satz:

...*"Dazu wird auch die Stadt Bern eingeladen."*

Änderungsantrag Nr. 2

Es wird eine zusätzliche Beschlussesziffer Nr. 3 angefügt, die da lautet:

Bei den Entscheidungskriterien sind folgende Punkte zusätzlich zu berücksichtigen: Betreuungsschlüssel der Kindertagesstätte, Öffnungszeiten, Grösse der Organisation, Organisationsform (gemeinnützige o. ä.).

Mit dem Ziel, eine qualitativ gute Lösung zu erzielen, bitte ich euch, im Namen der Fraktion SP/Grüne diese beiden Änderungsanträge zu unterstützen.

Dorothea Züllig von Allmen (GLP): Die GLP/BDP-Fraktion wird den gemeinderätlichen Antrag unterstützen. Vielen Dank für die umfassende Botschaft.

Zu den Änderungsanträgen Nr. 1 und 2 werden sich die Departementsvorsteherin und der Abteilungsleiter noch äussern. Grundsätzlich können wir die Ausführungen nachvollziehen. Ob die Stadt Bern zum Einladungsverfahren eingeladen werden sollte - dazu können wir uns noch nicht entscheiden.

Sandra Löhner (CVP): Eine Frage an Bettina Fredrich (SP) zu den "Entscheidungskriterien": Diese sollen in den Zuschlagskriterien erwähnt werden. Für uns ist wichtig, dass das Personal sowie das pädagogische Konzept stark gewichtet werden. Mit euren Bedingungen verlieren das Personal und das pädagogische Konzept an Gewicht. Wie habt ihr euch diesen Sachverhalt vorgestellt?

Bettina Fredrich (SP): Unter welchen Punkten das berücksichtigt bzw. einbezogen wird, soll die Abteilung Soziales entscheiden. Die Öffnungszeiten sind in einem guten Rahmen in der Aufteilung zu berücksichtigen.

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (GLP): Besten Dank für die vielen konstruktiven Voten. Ich möchte zu den Änderungsanträgen Nr. 1 + 2 der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion Folgendes anmerken:

- Die zusätzlich gewünschten Kriterien sind gut und nachvollziehbar. Diese werden in das Einladungsverfahren aufgenommen. Die Grösse der Organisation und die Organisationsform werden bei den Einladekriterien berücksichtigt. Der Betreuungsschlüssel und die Öffnungszeiten der Kindertagesstätte sollen unter dem Punkt "pädagogisches Konzept" aufgenommen werden. Die Öffnungszeiten sind sehr wichtig und entscheidend. Viele niederschwellige Arbeiten finden nicht zu den Bürozeiten statt. Diese werden in die Zuschlagskriterien aufgenommen.

Fazit: Die Anmerkungen in den beiden Änderungsanträgen sind gut und können aus der Sicht des Gemeinderates aufgenommen werden.

Christian Zeyer (SP): Die Grösse der Organisation sollte nicht als Zuschlagskriterium sondern als "Zulassungskriterium" aufgenommen werden. Wir haben über dieses Thema ausgiebig diskutiert.

Wichtig ist der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion, dass alles sauber aufgearbeitet wird. Dem GGR ist letztendlich die beste Lösung vorzustellen.

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (GLP): Das stimmt für mich so; besten Dank Christian.

Zum Einladungsverfahren bzw. die Stadt Bern einladen (gemäss Änderungsantrag Nr. 1):

Es mag für die Stadt Bern im Zusammenhang mit den Fusionsabklärungen verlockend sein, sie zum Privatisierungsverfahren einzuladen. Die Abteilung Soziales will jedoch die Stadt Bern bewusst nicht einladen. Auch die Stadt Bern muss sich über ihr System Gedanken machen. Unsere Angestellten sollen nicht zweimal einen Veränderungsprozess über sich ergehen lassen müssen. Ihnen muss jetzt eine langfristige Lösung angeboten werden. Die Zukunft ist gesichert und darf nicht wieder nach zwei Jahren in Frage gestellt werden. Die Stadt Bern wird ihr Kita-Konzept ebenfalls überprüfen müssen.

Der Gemeinderat strebt eine langfristige Lösung an.

Adrian Gränicher (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt grundsätzlich den Antrag des Gemeinderates. Auch wir sind der Auffassung, dass die Stadt Bern nicht ins Einladungsverfahren aufgenommen werden sollte.

Matthias Kuert (SP): Ich möchte noch einen Nachsatz zu "Stadt Bern Ja oder Nein" anbringen: Die Grösse und der Handlungsspielraum werden in der Botschaft gut beschrieben. Genau dies kann die Stadt Bern bieten. Mit diesem Geschäft kann bereits eine Zusammenarbeit installiert werden. Wir sehen wenig zwingende Gründe, die Stadt Bern nicht einzuladen. Ich mache euch beliebt, den Änderungsantrag Nr. 1 zu unterstützen.

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (GLP): Wir bezweifeln die Qualität der Stadt Bern nicht. Für den Gemeinderat ist das Personal unser Hauptkriterium. Und aus diesem Grund sind wir von dieser Idee abgekommen.

Bettina Fredrich (SP): Auch der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion ist das Personal sehr wichtig. Nicht nur eine private Kindertagesstätte kann eine langfristige Lösung anbieten. Auch private Kindertagesstätten müssen ihren Betrieb einstellen. Momentan befinden wir uns in einer Übergangsphase (inkl. Betreuungsgutscheinen). Es geht darum, sämtliche Möglichkeiten auszuloten und alles auf den Tisch zu legen. Es ist schade, wenn bereits jetzt Möglichkeiten ausgeschlossen werden.

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen somit zum Abstimmungsprozedere. Ich verlese den **Änderungsantrag Nr. 1** der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion.

Die Beschlussesziffer Nr. 1 wird ergänzt mit dem Zusatz:

... *"Dazu wird auch die Stadt Bern eingeladen."*

Abstimmung

Der Änderungsantrag Nr. 1 wird mit 17 zu 9 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Ich verlese den **Änderungsantrag Nr. 2** der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion für eine zusätzliche Beschlussesziffer Nr. 3:

Bei den Entscheidkriterien sind folgende Punkte zusätzlich zu berücksichtigen: Betreuungsschlüssel der Kindertagesstätte, Öffnungszeiten, Grösse der Organisation, Organisationsform (gemeinnützige o. ä.).

Abstimmung

Der Änderungsantrag Nr. 2 wird mit 27 zu 0 Stimmen angenommen.

Schlussabstimmung

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 26 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Für die Abklärungsarbeiten, ob die Kindertagesstätte „Hummelinäscht“ zu privatisieren ist, ist ein Einladungsverfahren durchzuführen.
2. Nach erfolgtem Einladungsverfahren sind dem Grossen Gemeinderat die Entscheidungsgrundlagen für oder gegen eine Privatisierung und der konkrete Zuschlag zu unterbreiten.
3. Bei den Entscheidkriterien sind folgende Punkte zusätzlich zu berücksichtigen: Betreuungsschlüssel der Kindertagesstätte, Öffnungszeiten, Grösse der Organisation und die Organisationsform (gemeinnützige oder ähnlich).

63.13.10 Betrieb

244. Jugend/Familie: Betreuungsgutscheine; Systemänderung und Verpflichtungskredit; Genehmigung

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Priska Zeyer (SP): Das Geschäft "Betreuungsgutscheine" hat unsere Fraktion intensiv diskutiert. Dass die Einführung dieser Gutscheine bei der familienexternen Kinderbetreuung alle Probleme lösen wird, glauben wir nicht. Auch bei diesem System gibt es offene Fragen. So wird es für sozial schwächere Familien nicht ganz einfach, sich in diesem recht komplizierten System zurechtzufinden. Darum ist auch die Aufstockung der Koordinationsstelle unbedingt nötig, da nur so die nötige Unterstützung gewährleistet werden kann.

Wir entscheiden heute aber nicht über das System der Gutscheine, sondern über die Einführung in Ostermundigen. Wenn die Gemeinde Ostermundigen weiterhin vom Kanton vergünstigte Kinderbetreuung anbieten möchte, muss sie das System der Betreuungsgutscheine spätestens am 1. Januar 2021 einführen.

Im Antrag des Grossen Gemeinderats (GGR) stehen drei Varianten zur Auswahl. Wir sind uns in unserer Fraktion einig, dass nur die Variante C, ohne Deckelung wirklich sinnvoll ist. Nur mit dieser Variante können möglichst viele Familien profitieren, und die Anzahl Kinder auf Warteliste wird endlich kleiner.

- Warum ist es so wichtig, dass genügend Plätze zur Verfügung stehen:

Die Beschäftigung von Frauen mit Vorschulkindern führt einerseits zu einem zusätzlichen Lebensinkommen für die Frauen, aber auch zu zusätzlichen Steuereinnahmen für den Staat. Die Wirtschaft benötigt dringend Fachkräfte und gutausgebildete Frauen sind sehr gesuchte Arbeitnehmerinnen.

Ein weiterer Grund betrifft das Armutsrisiko, z. B. bei Scheidungen oder im Alter. Wenn genügend Betreuungsplätze zur Verfügung stehen, wird dieses Risiko stark gesenkt und entsprechend führt dies zu tieferen Sozialausgaben. So wird zumindest ein Teil der Kosten wieder kompensiert. Für Kinder aus sozial schwachen Familien ist Frühförderung sehr wichtig. Das Kosten-/Nutzenverhältnis liegt für die Gesellschaft insgesamt längerfristig bei 1 zu 3. Diese Zahl muss uns immer bewusst werden, wenn wir über Kosten sprechen bei der Kinderbetreuung.

Die Situation in Ostermundigen ist wirklich ernst. Die Wartelisten sind sehr lang. Das haben wir bereits im Sommer gehört, als wir über die Betreuungsstunden bei den Tagesfamilien gesprochen haben.

Die Kosten für eine finanzschwache Gemeinde wie Ostermundigen sind hoch. Das stimmt. Aber wenn wir die Differenz zwischen Variante 2 und 3 anschauen, ist diese Differenz für unsere Jahresrechnung nicht relevant. Aber für Familien ist sie wichtig.

Alle umliegenden Gemeinden haben das System "Betreuungsgutscheine ohne Deckelung" angenommen. Ostermundigen kann nicht abseits stehen. Darum Variante C. Danke vielmals!

- Zum Schluss noch eine grosse Bitte an den Gemeinderat:

Wenn wir heute Abend das Geschäft "Betreuungsgutscheine" annehmen, werden mehr Familien wie bisher einen Kitaplatz suchen.

Damit sie diesen Platz auch finden, muss Ostermundigen dringend dafür sorgen, dass sich neue Kitas in der Gemeinde ansiedeln. Von einer neuen Kita haben wir bereits gehört. Aber das wird nicht reichen. Dieser Punkt ist uns ein ganz grosses Anliegen und hat oberste Priorität!

Myriam Zürcher (EVP): Um weiterhin von der Unterstützung des Kantons für subventionierte Kita- und Tagesfamilienplätze profitieren zu können, genehmigt die EVP/CVP-Fraktion den Wechsel zum System Betreuungsgutscheine. Wir unterstützen ebenfalls die Variante C ohne Deckelung mit dem entsprechenden Verpflichtungskredit.

Wer die Bezugskriterien erfüllt, ist berechtigt, einen Gutschein zu beziehen. Wir möchten keine Sparmassnahmen auf Kosten der Jüngsten. Zudem sollen alle Gesellschaftsschichten von einer Kita- oder Tagesbetreuung profitieren können. Gemäss Botschaft kam die Mittelschicht in den letzten Jahren vermehrt zu kurz.

Der Plan, eine „Probephase“ für die ersten 17 Monate durchzuführen, ist durchaus sinnvoll.

Die EVP/CVP-Fraktion glaubt zudem, dass sich der Markt an Betreuungsplätzen selbst reguliert und wir keine Bedenken haben müssen, dass Ostermundigen mit Gesuchen überschwemmt wird. Sollte dies trotzdem einmal eintreffen und die Kosten aus dem Ruder laufen, können immer noch korrigierende Massnahmen getroffen werden.

Adrian Gränicher (SVP): Die SVP-Fraktion hat das Geschäft auch diskutiert. Die Stossrichtung des Geschäftes können wir unterstützen. Wir sind Eltern von drei Kindern, welche die Kindertagesstätte ebenfalls benutzt haben. Ich kenne mich mit der Materie aus.

Ich nehme es vorweg: Die SVP-Fraktion ist nicht für die gemeinderätliche Variante C. Wir stellen den **Änderungsantrag Nr. 1** zur Beschlusseziffer Nr. 2:

Anstelle der Variante C ist die Variante B (Kontingentierung auf Höhe der heute subventionierten Plätze plus Warteliste) umzusetzen.

Begründung:

Somit haben wir eine Kostensicherheit für die nächsten Jahre. Wir haben ein Kostendach und können immer den gleichen Betrag budgetieren. Der Betrag kann jedoch gegen unten und oben jährlich korrigiert werden. Ich kenne viele Kinder, welche jahrelang auf der Warteliste für einen Kindertagesstätteplatz standen und nie zu einem subventionierten Platz gekommen sind. Es stellt sich dann die Frage, ob diese Familien unbedingt die Betreuungsgutscheine benötigen?

Stephan Zesiger (FDP): Die FDP. Die Liberalen-Fraktion hat sehr lange über dieses Thema diskutiert. Wir sind unter der Berücksichtigung der knappen finanziellen Ressourcen zu folgendem Fazit gekommen:

- Eigentlich sollte das Geschäft Nr. 244 und der notwendige Beschluss besser nach dem Budget und Finanzplan behandelt werden, denn das Geschäft hat Einfluss auf das Budget 2020, wo die Luxusvariante C eingerechnet wurde.
- Die Beschlusseziffer Nr. 1 wird ganz klar unterstützt.
- Wir unterstützen die Variante A aus Kostengründen. Wir können uns in dieser finanziellen Lage die Luxusvariante C nicht leisten. Wir alle vom GGR können nicht immer alles durchwinken, wenn das Budget rote Zahlen ausweist.
- Unser **Änderungsantrag Nr. 2** zur Beschlusseziffer Nr. 2 lautet:

*Wir von der FDP.Die Liberalen-Fraktion Ostermundigen schlagen aus Kostengründen die **Variante A** vor.*

Astrid Bärtschi Mosimann (BDP): Die GLP/BDP-Fraktion wird den Antrag des Gemeinderates, wie in der Botschaft geschrieben, unterstützen.

Warum Variante C?

- Genügend Betreuungsmöglichkeiten für Kinder sind unabdingbar für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein genügendes Angebot für Familien ist ein wesentliches Standortvorteil und ist heutzutage ein wichtiges Kriterium für berufstätige Eltern, ihren Wohnort zu wählen. Indem wir es Eltern ermöglichen, ihr Familienmodell zu wählen und zu leben, leisten wir einen Beitrag zur Gleichstellung und gegen den Fachkräftemangel.
- Betreuungsplätze kosten Geld, das ist unumstritten. Wir werden heute Abend noch über die finanzielle Situation der Gemeinde diskutieren. Vergessen wir aber nicht, dass wir mit diesem Projekt in die Erwerbstätigkeit unserer Einwohner investieren - und somit auch in unser Steuersubstrat.
- Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates (mit der Variante C) zu folgen und in die Zukunft unserer Gemeinde zu investieren - herzlichen Dank.

Matthias Kuert (SP): Ich möchte zu den Varianten A und B Stellung nehmen. Der Schuss wird das Ziel verfehlen, wenn wir bei diesem Geschäft sparen wollen. Die umliegenden Gemeinden haben keine "Deckelung", d. h. sie stehen in direktem Konkurrenzkampf mit den umliegenden Gemeinden. Das ist Symbolpolitik, wenn wir hier ein paar tausend Franken sparen wollen. Wir verlieren die Verlässlichkeit. Familien können sich auf das Anrecht eines Kindertagesstätteplatzes verlassen. Das setzen wir aufs Spiel resp. verlieren den Anspruch.

Christian Zeyer (SP): Ich möchte ein paar Zahlen einschieben:

Ein Kind während 120 Tagen in einer Fremdbetreuung/Institution kostet rund 500'000 Franken. Soviel würden wir einsparen. Das sind rund 400 Franken pro Tag. Das ist doch nicht sinnvoll!

Die ersten paar Jahre sind für die Kindes Zukunft sehr entscheidend. Wenn wir gut ausgebildete Arbeitskräfte haben wollen, dann müssen wir diesen helfen, damit sie in den ersten Jahren gut voran kommen und die benötigte Weiterbildung mit auf den Weg bekommen.

Genau um diese Kinder geht es bei den Betreuungsgutscheinen. Die Argumentation, dass die Kinder nicht zu Hause bleiben und die Fremdplatzierung privat bezahlt werden musste - genau diese Leute können von den Gutscheinen nicht profitieren. Diese Leute können es sich leisten.

Auf der anderen Seite haben wir 1,3 bis 1,5 Jahre an Wartezeiten. Das bedeutet, dass sehr viele Kinder, welche die Unterstützung dringend benötigen täten, in prekären Situationen betreut sein werden. Folge dessen kann diesen die gebrauchte Förderung nicht zugetan werden. Wir haben das Projekt "schritt.weise" eingeführt, um diesen Missetand auszuräumen. Wir verhindern damit, dass der nächste Schritt vorgenommen werden kann. Die Minimalvariante hat eine 1,3 bis 1,5 Jahre dauernde Wartezeit: D. h. ein Kind wird 2,5 Jahren zu Hause wenig bis schlecht betreut. Fehlende Betreuung kann zu gravierenden Schäden führen. Für die Zukunft der Kinder und unserer Gesellschaft ist dies absolut der falsche Weg!

Ernst Hirsiger (SVP): Ein kurzer Hinweis: Die Gemeinde Köniz, welche gerne als gutes Vorbild angepriesen wird, "deckelt".

Colette Nova (SP): Ich bin sehr erfreut, dass das neue System auf Anklang stösst. Mir ist wichtig, dass die Voten der GLP und von Christian Zeyer (SP) nachvollzogen werden können.

Fakt ist: Es gibt nachhaltige und weniger nachhaltige Einsparmöglichkeiten. Nicht nachhaltige Einsparungen haben wir bei der Stellenbesetzung der Abteilung Hochbau hinnehmen müssen. Es mussten teure, externe Hilfskräfte engagiert werden.

Wenn wir hier sparen wollen - Zusatzausgaben beim Personal werden notwendig sein - ist die Nachhaltigkeit nicht gegeben. Es werden Mehrkosten entstehen und die indirekten Mehrkosten lassen die Gemeinde unattraktiv erscheinen. Es ist aber wichtig, dass die Gemeinde Ostermundigen attraktiv bleibt. Wir brauchen in Ostermundigen Mittelstandsfamilien. Mit einer guten Kinderbetreuung können Vater und Mutter einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Es wird ein anständiges Wirtschaftseinkommen erwirtschaftet. Ein Teil davon wird als Steuereinnahmen der Gemeinde Ostermundigen gutgeschrieben.

Aus all diesen Gründen: Wählt die Variante C! Auf den ersten Blick die teurere Variante; mittel- bis langfristig jedoch für die Gemeinde Ostermundigen die bessere Variante.

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (GLP): Besten Dank für die Voten. Ich möchte noch ein "flammendes Votum" für die Variante C halten:

Der gemeinderätliche Antrag für die Variante C wird in der Botschaft begründet. Ich bitte euch, dass vorliegende Geschäft nicht mit dem defizitären Budget 2020 abzuschmettern. Es wäre schade für die Gemeinde Ostermundigen, wenn heute Abend diese Chance bachab geschickt würde.

Astrid Bärtschi (BDP) hat in ihrem Votum bereits erwähnt, dass die Gutscheine als Investitionen für die Erwerbstätigkeit unserer Einwohnerinnen und Einwohner betrachtet werden können. Die meisten alleinerziehenden Mütter in Ostermundigen, die Sozialhilfe beziehen müssen, schaffen die Wiederintegration in den Arbeitsmarkt nicht, weil es an Betreuungsmöglichkeiten fehlt.

Ja, wir haben zu wenige Kindertagesstätteplätze in Ostermundigen! Aber der Gemeinderat ist mit vielen Kita-Betrieben im Gespräch. Das Kontingent der Gutscheine darf nicht begrenzt werden, erst dann bleibt die Gemeinde Ostermundigen marktfähig. Der Gemeinderat kann den GGR-Mitgliedern versprechen, dass die Kostenentwicklung eng begleitet wird. Der GGR wird regelmässig über die Kostenentwicklung informiert. Die Ausgaben werden im Auge behalten.

Der Kanton hat dem Gemeinderat mitgeteilt, dass die Kosten der Variante C zu grosszügig budgetiert worden sind. Die meisten Gemeinden budgetieren zu hoch. Es muss stets mit dem Worst Case-Szenario gerechnet werden. Doch die budgetierten Kosten werden nur in den seltensten Fällen vollständig ausgeschöpft.

Noch zum Änderungsantrag Nr. 1 der SVP-Fraktion für die Variante B:

- Die Variante B ist dem Gemeinderat mit grossen Wehrmutstropen lieber als die Variante A. Die Variante B kennt Administrationskosten, welche ins Budget einfließen. Auch bei der Variante A wird Geld, welches eigentlich der Sache dienen sollte, vermehrt im Verwaltungsapparat der Versickerung zugeführt. Nach zwei Jahren kann der Grosse Gemeinderat steuernd eingreifen. Eine "Deckelung" kann vom Parlament jederzeit verlangt werden, wenn die Kostenentwicklung aus dem Ruder laufen sollte. Eine Kostendeckung kann nachträglich immer wieder eingeführt werden. Ich verspreche im vorliegenden Geschäft die grösstmögliche Transparenz.

Abteilungsleiter Soziales Daniel Bock: Als Abteilungsleiter Soziales brauche ich immer wieder strukturelle Möglichkeiten (zum Beispiel Nischenarbeitsplätze). Ich brauche Kindertagesstätteplätze mit Betreuungsgutscheinen. Eltern müssen ihre Kinder in Kindertagesstätten abgeben können. Das ist für uns ausserordentlich wichtig.

Herr Zeyer (SP) hat bereits zum Thema "Kinderschutz" erwähnt, dass Kinder platziert werden müssen. Seit zwei Jahren haben wir keine Möglichkeiten mehr, Kinder in subventionierten Plätzen unterzubringen. Dies würde die Gemeinde 100 Franken kosten. Wir müssen die Plätze extern einkaufen. Das belastet die Gemeindekasse mit 2'500 Franken. Uns fehlen Kindertagesstätteplätze und wir müssen teure Plätze einkaufen. Die Sozialhilfequote können wir reduzieren - aber dazu müssen Sie mir etwas geben und das können Sie heute Abend mit der Zustimmung zum Geschäft tun.

Im Kinderschutz sind wir froh, wenn wir diese Unterstützung bekommen. Die Zahlen per heute: Wir haben bereits wieder 155 Kinder auf der Warteliste. Wir sind vollständig ausgelastet. Wohin gehen wir mit diesen 155 Kindern?

Ich möchte noch etwas zur Seite 14 der Botschaft erwähnen: Zwischen der Variante B und der Variante C haben wir einen "Selbstbehalt" von 180'000 Franken. Der zu investierende Aufwand ist gross. Doch der Rücklauf in die Gemeindekasse ist ebenfalls ein erheblicher Betrag. Die Differenz zwischen der Variante A und der Variante B ist noch grösser. Der GGR erhält die Gelegenheit, nach 1 ½ Jahren das System neu zu steuern. Das Parlament kann dann einen

Variantenwechsel vornehmen. Doch heute sind wir froh, wenn der GGR der gemeinderätlichen Variante C zustimmt.

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (GLP): Ich habe noch eine kurze Anmerkung: Wir sprechen immer über die Ausgaben der Gemeinde Ostermundigen für die Betreuungsgutscheine. Doch es gilt darüber nachzudenken, wieviel der Bund und der Kanton in die Erwerbstätigkeit unserer Einwohnenden investiert. Wir können hier 4,5 Mio. Franken abholen. Ich finde es unglaublich schade, wenn die Gemeinde Ostermundigen diese Chance nicht nützt!

Christian Zeyer (SP): Ich habe eine Frage an Herr Bock: Ist es möglich die Verhältnisse aus der Sozialhilfequote zu quantifizieren? Wir haben Nettokostenberechnungen - was bleibt letztendlich an der Gemeinde Ostermundigen hängen, wenn wir die Kindertagesstätte finanzieren müssen? Dies ist nicht die volle Nettokostenberechnung. In die volle Nettokostenberechnung muss einbezogen werden: Wie viele Leute können wir aus der Sozialhilfequote herauslösen und mit einer Wahrscheinlichkeitsberechnung eine Fremdplatzierung von gefährdeten Kindern zu verhindern. Allenfalls können pädagogische Einsparungen verbucht werden. Können zu diesem Sachverhalt Angaben gemacht werden?

Abteilungsleiter Soziales Daniel Bock: Das Soziale versuchen wir mit der Kinds- und Erwachsenenschutzbehörde in den Griff zu bekommen. Mit dem heute vorhandenen Datenmaterial können keine verlässlichen Zahlen genannt werden. Das erste Problem ist, dass die Fachhochschule noch keine Untersuchungen vorgenommen hat. Die Probleme der Finanzströme müssen geklärt werden, dieser Sachverhalt ist jedoch schwer in den Griff zu kriegen. Ich muss Ihnen leider einen Korb erteilen. Kurz- bis mittelfristig können diese gewünschten Zahlen nicht beschafft werden. Wir können die Werte der letzten Jahre hochrechnen; doch dies ist höchstens "Kaffeesatzlesen".

Die Tendenz zeigt auf: Ohne Kindertagesstätteplätze werden die Spezialkosten in der Sozialhilfe um ein Mehrfaches aufgeblasen. Dieser Missstand wird die Gemeindekasse wie auch den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) stark belasten.

Thomas Schläppi (FDP): Bereits an meiner zweiten Parlamentssitzung nehme ich den Gang an das Rednerpult unter die Füsse:

Das Geschäft mit den Betreuungsgutscheinen erinnert mich stark an meine frühere Familienzeit. Unsere erwachsenen Kinder wurden seinerzeit mittels hausinterner Kinderbetreuung nachbarschaftlich betreut. Meine Frau hat auch immer wieder einmal die Kinder der Nachbarnfamilie aus Ex-Jugoslawien betreut. Auf eine finanzielle Vergütung wurde verzichtet. An deren Stelle wurde ein familienübergreifendes Nachtessen (inkl. Slibowitz d. h. Obstbrand) organisiert. Damit war die Angelegenheit für alle zufriedenstellend geregelt. "Betreuungsgutscheine" etc. waren kein Thema.

Wer Betreuungsgutscheine benötigt, sind Personen resp. Ehemänner, welche früher in der Wifag gearbeitet haben und die Frau im Service tätig ist, damit sie finanziell einigermaßen

über die Runde kommen. Dieser Personenstand in Ehren sind keine hochqualifizierten Leute. Sie werden nicht den Verdienst erhalten, welcher die Steuerkasse entlastet.

Auf der Seite 14 der Botschaft werden die Nettokosten (effektive Kosten für die Gemeinde) erwähnt. Die Differenz zwischen der Variante A und der Variante C beträgt jährlich eine halbe Million Franken. Dieses Geld haben wir zurzeit nicht in der Gemeindegasse. Ich werde also für die Variante A plädieren, mit der Hoffnung, dass die nachbarschaftlichen Beziehungen wieder gefördert werden.

Bettina Fredrich (SP): Dieses Votum von Thomas Schläppi (FDP) ist ein Steilpass für eine Mutter mit vier Kindern, welche zu 80 % erwerbstätig ist. Ich bin froh darüber, dass ich mich nicht auf nachbarschaftliche Hilfe verlassen muss. Ich kann auf verlässliche Betreuungsangebote zurückgreifen. Es geht heute nicht darum, dass wir zurück in die 50er Jahre verfallen. Es geht heute darum, ein sicheres Betreuungsangebot zu schaffen, damit beide Elternteile einer regelmässigen Erwerbstätigkeit nachkommen können.

Ob die Elternteile letztendlich massenhaft Steuereinnahmen generieren oder ihre Existenz gesichert wird - was genau so wichtig ist - diesen Sachverhalt möchte ich offen lassen. Zurück zu privaten Lösungen kann mit einem "Kopf in den Sand setzen" verglichen werden.

Rahel Wagner (EVP): Ich möchte mich ebenfalls als Mutter äussern. Ich war während der Kinderzeit nicht erwerbstätig. Ich wollte ausschliesslich für meine Kinder da sein. Das war meine persönliche Überzeugung.

Ich hatte während dieser Zeit ebenfalls Kinder am "Mittagstisch" oder als Tageskind bei mir zu Hause. Ich habe dies als grosses Privileg wahrgenommen. Viele Kinder sind jedoch über den Mittag alleine zu Hause gewesen. Sie haben vor dem TV irgendwelches Fast-Food gegessen.

Ich habe ein Enkelkind, welches eine Kindertagesstätte besuchen kann. Ich bin sehr dankbar dafür, dass die sozialen Kontakte dort gepflegt werden. Wir dürfen nicht immer nur den finanziellen Profit für die Gemeinde Ostermundigen in Betracht ziehen.

Wie Mirjam Zürcher (EVP) bereits erwähnt hat, kommt die Mittelschicht im Moment zu kurz. Kinder aus schwierigen Verhältnissen müssen platziert werden. Eine reiche Familie kann sich die Kindertagesstätte finanziell leisten; die Mittelschicht geht jedoch unter! Deshalb setze ich mich für die Variante C ein. Wir können zu einem späteren Zeitpunkt immer noch einen Schritt retour gehen.

Dorothea Züllig von Allmen (GLP): Liebe FDP. Die Liberalen-Fraktion - ich muss euch direkt ansprechen - mir bleibt fast die Spucke weg!

Ihr als wirtschaftsliberale Partei gebt Voten ab, welche ich nicht eurer Parteiloyalität zuordnen kann. Vielleicht handelt es sich hier um eine Einzelmeinung.

Die Voten sind nicht verständlich und machen mich sprachlos. Wir wollen nicht einen 50-jährigen Rückschritt machen! Es ist schade, dass eure Kinder so klein sind und nicht schon älter und grösser. Ich bin eine erwerbstätige Mutter zu 60 Prozent und trotz Grossmutter und Nachbarschaft von Anfang an auf die Kindertagesstätte angewiesen.

Wir dürfen nicht immer die Familien erwähnen, welche unser Sozialsystem missbrauchen! Wir müssen auch einmal für die anderen Familien - und dies ist der grösste Teil - ein Gleich tun. Für diesem Personenkreis müssen Kindertagesstätteplätze zur Verfügung gestellt werden. Hier dürfen wir nicht "schmürzelen". Das ewige Ostermundigen-Pushing geht mir auf den Keks! Morgen können wir wieder in den Zeitungen lesen, wie schlecht es der Gemeinde Ostermundigen geht. Wir machen uns stets schlechter.

----- Applaus -----

Oliver Tamas (GLP): Ich möchte den Ball von Thomas Schläppi aufnehmen; auch ich bemühe mich zum ersten Mal an das Rednerpult:

Wir von der GLP-Fraktion werden oft als die "Grüne FDP" bezeichnet. Aber in dieser Frage sind wir 180 Grad auseinander! Ich kann nicht verstehen, wie man bei diesem Geschäft nicht reinvestieren kann. Das ist die beste Reinvestition für Ostermundigen in ein Standortmarketing. Ein Zeichen gegen aussen; ein wichtiger Standortfaktor für Familien, welche nach Ostermundigen umziehen wollen. Was mache ich mit meinen Kindern? - Diese wollen resp. müssen in die Kindertagesstätte gehen!

Die Sozialhilfequote wurde bereits erwähnt. Ich habe gelesen, dass der Grosse Rat des Kantons Bern den Selbstbehalt erhöhen will, d. h. die Gemeinde Ostermundigen muss noch mehr bezahlen, wenn die Betreuungsgutscheine nicht eingeführt werden. Am Schluss geht die Rechnung ganz bestimmt auf. Bitte überlegt euch nochmals den Variantenentscheid. Die GLP/BDP-Fraktion ist ganz klar für die Variante C.

Christian Zeyer (SP): Eine böse Bemerkung an die FDP. Die Liberalen-Fraktion: Ich habe gerade eine SMS an Doris Fiala, eine gute Bekannte von mir, geschickt und sie über die Absichten der FDP. Die Liberalen-Fraktion orientiert. - Ich denke, sie wird ziemlich sauer sein...

1. Wir gehen nicht 35 Jahre zurück. Es gibt so etwas wie "Wahrscheinlichkeitsrechnung": Die Wahrscheinlichkeit, dass jemand in Ostermundigen mittels Nachbarschaftshilfe, eine saubere Kinderbetreuung abschliessen kann, ist relativ klein.
2. Die Situationen haben sich auch im Mittelstand von Ostermundigen sehr verändert. Sehr viele Elternteile müssen arbeiten und diese können keine Nachbarschaftsbetreuung für Kinder anbieten. Die FDP. Die Liberalen-Fraktion hat die Realität nicht erkannt. Bitte bewegt euch - hier geht es um etwas Wichtiges für die Gemeinde Ostermundigen.

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (GLP): Die Perspektiven des Kantons Bern möchte ich nochmals erwähnen: Viele von euch wissen, dass ich kein grosser Fan von Herrn Regierungsrat Schnegg bin. Aber in dieser Angelegenheit hat er Recht! Er hat erkannt, dass es sich langfristig wirtschaftlich lohnt, sich für die Betreuungsgutscheine einzusetzen. Finanziell wird es sich für die öffentliche Hand lohnen, da zu investieren.

Ich möchte noch etwas zum "Selbstbehalt Sozialhilfe" anmerken: Die Gemeinden werden hier in die Pflicht genommen. Wir müssen hier mehr bezahlen. Die Gemeinde Ostermundigen hat

gegenüber dem Kanton dafür zu sorgen, dass die Sozialhilfebeziehenden wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Umso mehr müssen wir hier Gas geben!

Das Kriterium Nr. 1 für viele Familien und Alleinerziehenden ist es, dass sie auf keinen Kindertagesstätteplatz zugreifen können. Ich bitte das Parlament, der Variante C zuzustimmen und keine Kontingentierung einzuführen - besten Dank!

Persönliche Erklärung

Christoph Leiser (FDP): Ich muss das Wort ergreifen. Der Sachverhalt der FDP. Die Liberalen-Fraktion ist falsch aufgefasst worden. Stefan Zesiger (FDP) hat am Anfang zum Ausdruck bringen wollen, dass die FDP. Die Liberalen-Fraktion grundsätzlich nicht gegen die Betreuungsgutschein ist. Der Hintergrund unserer Diskussionen was einmal mehr das Geld resp. das Budget 2020. Wie können die Betreuungsgutscheine finanziert werden? Ich persönlich bin der Meinung, dass die Variante C die beste Regelung ist. Es stellt sich die Frage: Die Gemeindekasse ist leer; wir wollen nicht das System an sich anfechten. Wie können die Finanzen ins Lot gebracht werden.

Vielleicht bin ich nun mit meinem Votum einzelnen in den Rücken gefallen - doch die Aussage war mir wichtig!

Christian Zeyer (SP): Hier ist ein Widerspruch in sich selber, Christoph Leiser: Ein System mit einer dreijährigen Wartefrist für einen Kindertagesstätteplatz ist kein gutes System!

Rudolf Mahler (SP): Ich stelle den **Ordnungsantrag:**

→ Wir sollten jetzt über die verschiedenen Änderungsanträge abstimmen.

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Wir stimmen über den Ordnungsantrag unverzüglich ab.

Abstimmung

Der **Ordnungsantrag** von Rudolf Mahler (SP) wird mit 28 zu 0 Stimmen angenommen.

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Wir stimmen über die Änderungsanträge ab. Nach Rücksprache mit dem Ratssekretär kommt die **Abstimmung nach Cupsystem** gemäss Artikel 43 der Gemeindeordnung zum Einsatz.

→ Wer ist für den Änderungsantrag Nr. 2 der FDP. Die Liberalen-Fraktion resp. die Variante A?

- Total 3 Stimmen

→ Wer ist für den Änderungsantrag Nr. 1 der SVP-Fraktion resp. Variante B?

- Total 7 Stimmen.

→ Somit obsiegt der **Änderungsantrag Nr. 1** der SVP Fraktion.

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Der Änderungsantrag Nr. 1 wird jetzt dem gemeinderätlichen Antrag gegenüber gestellt.

- Wer ist für den Änderungsantrag Nr. 1 der SVP-Fraktion resp. Variante B?
- Total 9 Stimmen.
- Wer ist für den gemeinderätlichen Antrag resp. die Variante c?
- Total 15 Stimmen
- Somit obsiegt der **gemeinderätliche Antrag**.

Schlussabstimmung

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Es liegen keine Anmerkungen und Einwände mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 25 zu 1 Stimme den folgenden

B e s c h l u s s

1. Das bisherige System der subventionierten Betreuungsplätze (Kindertagesstätten und Tagesfamilien) wird per 1. August 2020 durch das vom Kanton entwickelte und zur Umsetzung empfohlene Modell der Betreuungsgutscheine ersetzt.
2. Für die Umsetzung der Variante C ist ein Verpflichtungskredit für 01.01.2021 - 31.12.2021 ausmachend CHF 4'463'500.00 einzustellen. Die damit einhergehenden Rückerstattungen des Kantons für 01.01.2021 - 31.12.2021 ausmachend CHF 3'570'800.00 einzustellen.

20.2.00 Allgemeines

245. Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2020 - 2024; Genehmigung

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Zuerst ist die Diskussion über die Botschaft und anschliessend über den Finanzplan zu führen. Allfällige Änderungsanträge sind dem Ratsbüro sowie den betreffenden Departementsvorstehenden in schriftlicher Form abzugeben.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Im politischen Finanzprozess wurde viel gesagt und viel geschrieben; Wahrheiten und Unwahrheiten. Eine Gruppierung hat erwähnt, dass Unwahrheiten im Finanzplan vermerkt sind. Die Korrektheit des Finanzplans wird in Frage gestellt. Diesem Sachverhalt möchte ich widersprechen!

Heute Abend stehen dem Parlament Mitarbeitende der Abteilung Finanzen/Steuern zur Auskunftserteilung zur Verfügung. Der stellvertretende Finanzverwalter, Herr Martin Reusser, und Jacqueline Rupf von der Firma Finances Public, die uns fachmännisch unterstützt hat. Beide Personen sind ausgebildete Finanzverwalter. Also habt Vertrauen in die Zahlen der Finanzverwaltung. Diese sind hundertprozentig richtig! Budget und Finanzplan wurden erstellt nach den Vorgaben der KPG (Kantonale Planungsgruppe). Alle Vorlagen wurden beibehalten und entsprechend umgesetzt.

Ich wäre froh, wenn das Parlament Vertrauen in die abgegebenen Zahlen und Unterlagen hat.

Der Finanzplan zeigt klar auf, wie sich die finanzielle Situation der Gemeinde Ostermundigen in tragischer Weise verschlechtert. Ich habe auf diesen Missstand bereits mehrmals hingewiesen.

Das vorangehende Geschäft mit den Kindertagesstätte-Gutscheinen wurde sicherheitshalber mit der Variante C ins Budget wie in den Finanzplan aufgenommen. Grundsätzlich müssen in den nächsten vier Jahren x-Investitionen vorgenommen werden. Es können auch Investitionen der Prioritätsstufe 2 heute Abend im Finanzplan in andere Prioritätsstufen eingeteilt werden.

Des Weiteren muss ich darauf hinweisen, dass ab dem Jahre 2021 die Gemeinde Ostermundigen einen Finanzfehlbetrag ausweisen wird, wenn nicht Massnahmen getroffen werden.

Der Gemeinderat hat sich intensiv mit einer allfälligen Steuererhöhung befasst, damit die Finanzen wieder ins Lot gebracht werden können. Der Gemeinderat hat sich dazu entschieden, im Jahre 2020 auf eine Steuererhöhung zu verzichten. Die Finanzplanperiode 2020 bis 2024 ist mit einem Steuerfuss von 1,69 berechnet worden.

Die abgegebenen Unterlagen sollten transparent Auskunft geben. Für Fragen und Antworten stehen wir dem Parlament zur Verfügung. Ich hoffe, dass der vorliegende Finanzplan mit klaren Hinweisen und Forderungen an den Gemeinderat verabschiedet werden kann. Im nächsten Jahr hat der Gemeinderat klar aufzuzeigen, wie wir aus der Schwächeperiode herauskommen. Ich freue mich auf eine konstruktive Diskussion.

Rolf Rickenbach (FDP): Lieber Erich, ich hatte die heimliche Hoffnung, dass die Zahlen im vorliegenden Finanzplan nicht stimmen! Die Hoffnung ist mit deinem Votum gestorben. Das macht das nächste Votum viel einfacher:

- Wir haben einen Finanzplan mit einem Finanzüberschuss von 20 Mio. Franken und Aufwandüberschuss bis ins Jahr 2024 vor uns. Ab dem Jahre 2022 ist die Gemeinde Ostermundigen pleite! Und am Ende der Planungsperiode sind wir mit 11 Mio. Franken im Minus.

Bereits vor einem Jahr haben wir den Finanzplan abgelehnt. Auch damals lagen Misstrauensvoten in der Luft und dies trotz leicht besserer Ausgangslage. Damals waren wir im Jahr 2022 bei einem Aufwandüberschuss von 1,2 Mio. Finanzüberschuss. Innerhalb eines Jahres ging es dermassen Berg ab!

Und nun hast du Erich uns mitgeteilt, dass die vorliegenden Zahlen stimmen: Ich empfehle dem Parlament, dem Finanzplan nicht zuzustimmen.

Auf die Frage, was anschliessend passieren würde, erhielt ich die Antwort: grundsätzlich nichts. Also kommen wir möglichst rasch zur Abstimmung und lehnen den vorliegenden Finanzplan ab --> es passiert nichts!

Vielleicht passiert etwas, wenn wir anschliessend auch noch das Budget 2020 ablehnen; jedoch bestimmt nicht sehr viel. Grundsätzlich ist eine Finanzdebatte mit "Wasser in die Aare schütten" zu vergleichen.

1. Vizepräsident Hans Wipfli (SVP): Die vom Finanzchef angesprochene Gruppierung scheint recht gross zu sein. Ich stelle eine grosse Unzufriedenheit betreffend Finanzplan und Budget fest.

- Der Gemeinderat als Kollegialbehörde unter der Führung des Gemeindepräsidenten ist für einen ausgeglichenen Finanzplan zuständig; der Finanzplan muss endlich als seriöses Planungs- und Steuerungsinstrument anerkannt und angewendet werden; die dramatischen Veränderungen zwischen dem Finanzplan 2019 und 2020 sind nicht seriös und widersprechen dem Prinzip der Stetigkeit;
- Der Gemeinderat muss mit dem überarbeiteten und angepassten Finanzplan eine finanzpolitische Perspektive für die nächsten Jahre aufzeigen;
- Bisherige Prozesse und Vorgehensweisen sind zu überdenken und wo notwendig endlich anzupassen (Bsp. Slalomparcours).

Astrid Bärtschi Mosimann (BDP): Wir erwarten eine Strategie!

- Als ich die Botschaft zu diesem Geschäft gelesen habe, war ich gelinde gesagt erstaunt. Da lesen wir unter Kapitel 1.4., dass die Finanzkommission das Geschäft zurückgewiesen hat. Zurückgewiesen mit einem klaren Auftrag. Und eine Zeile darunter stellt der Gemeinderat den Antrag, der Finanzplan sei zu genehmigen. Da tun sich doch einige Fragen auf. Zum Beispiel: Warum hat der Gemeinderat den Auftrag der Finanzkommission nicht erfüllt?
- Jede Familie, jedes Kleinunternehmen, jede Firma, ja sogar jeder Verein macht sich einen Finanzplan. Die Definition, was ein Finanzplan ist, können wir auch in der Botschaft

lesen. Für mich ist ein Finanzplan auch ein strategisches Instrument, keineswegs nur ein Überblick über die Finanzflüsse der nächsten Jahre.

- Es kann doch nicht sein, dass einmal mehr keine Strategie ausgearbeitet wurde, wie die finanzielle Situation der Gemeinde zu ändern sei? „Es isch no immer irgendwie gangä“ - das ist keine Strategie! Und die Verantwortung für einen Finanzplan, der den Namen auch verdient hat, für eine Strategie trägt der Gemeinderat, nicht das Parlament! Trotzdem kamen immer wieder Vorschläge aus dem Parlament, wie beispielsweise eine Überprüfung des Lastenausgleichs. Diese Überprüfung hätte die Abteilung Finanzen schon lange dringend angehen sollen – doch auch dies passiert nicht, obwohl der Lastenausgleich immer mehr zu Ungunsten von Ostermundigen ausfällt. Und höchstwahrscheinlich wird das auch in Zukunft so weitergehen.

Meine Damen und Herren, wir erwarten eine Strategie! Wir erwarten Szenarien, wie die finanzielle Zukunft der Gemeinde aussehen könnte, damit wir im Parlament unsere Arbeiten machen können, nämlich die politische Diskussion über die Szenarien führen und uns für eine Lösung entscheiden.

→ Unsere Fraktion wird den Finanzplan zurückweisen. Wir erwarten, dass die Forderung der Finanzkommission erfüllt und endlich die Problematik mit dem Lastenausgleich angegangen wird. Der Departementsvorsteher hat es vorhin selber versprochen, wir werden darauf achten.

Rahel Wagner (EVP): Vor uns liegt ein Finanzplan für die nächsten fünf Jahre, welcher uns allen die Sorgenfalten auf die Stirn zeichnet. Es ist zwar nicht das erste Mal, dass dies passiert. Aber ein Defizit im Allgemeinen Haushalt von 11,1 Mio. Franken Ende der Planperiode, das hatten wir - glaube ich - noch nie. Und in den 11,1 Mio. sind bereits die Reserven verrechnet, sonst läge das Defizit bei 19,9 Mio. Franken.

Allerdings hat man eine solche Situation kommen sehen, und zwar spätestens mit der Vorlage der Schulraumplanung und den Absichten des Kantons, weitere Kosten auf die Gemeinden abzuwälzen. Für die Erweiterung des Schulraums sind allein 24 Mio. Franken eingestellt.

Wie geht man mit einer solchen Situation um? Die Ansichten zwischen den Links- und Rechtsparteien gehen weit auseinander: Einerseits will man sparen, andererseits die Steuern erhöhen. Einig ist man sich darin, dass der Gemeinderat eine längerfristige Finanzstrategie vorlegen muss.

Ich habe mein Versprechen eingelöst, die Parlamentsparteien einzuladen, an einen Tisch zu sitzen und nach einem Konsens zu suchen, damit eine gangbare Lösung für die Finanzprobleme erarbeitet werden kann. Wir können es uns als Parlament in der vorliegenden Situation ganz einfach nicht mehr leisten, uns gegenseitig zu blockieren. Wenn wir vom Gemeinderat eine Finanzstrategie verlangen, dann sind auch wir Parteien in der Pflicht, uns über eine solche Gedanken zu machen.

Leider hat es sich aber gezeigt, dass dies ein frommer Wunsch von unserer EVP/CVP-Fraktion ist. Links wie rechts distanziert man sich von einem solchen Vorgehen. Es wurde ganz klar gesagt, dass allein der Gemeinderat dafür zuständig sei, eine Finanzstrategie vorzulegen und man nicht bereit sei, dem Gemeinderat «die Kohlen aus dem Feuer zu holen». Deshalb ist der Plan unserer Fraktion bereits an der ersten Sitzung vom 20. September 2019 gescheitert, eine gangbare Lösung zu finden.

Die EVP/CVP-Fraktion wird den vorliegenden Finanzplan genehmigen, da er ehrlich aufzeigt, wie es um die Finanzen in Ostermundigen steht. Andererseits stellen wir den Antrag, dass der Gemeinderat eine Finanzstrategie ausarbeiten muss. Auf der GGR-Pendenzenkontrolle ist unter der Axioma Nr. 2460 immer noch das "Budget 2016" erwähnt. Damals wurde auf Antrag der EVP-Fraktion eine Ergänzung des Gesamtbeschlusses angenommen. Der Gemeinderat wurde beauftragt, mit der Behandlung der "Rechnung 2015" dem Grossen Gemeinderat einen Vorschlag zu unterbreiten, wie er das negative Rechnungsergebnis des "Budgets 2016" ausgleichen will. **Dieser Vorschlag wurde nie vorgelegt!**

Die EVP/CVP-Fraktion stellt somit folgenden **Änderungsantrag Nr. 1** für eine neue Beschlusseziffer Nr. 3:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat an der Sitzung vom 7. Mai 2020 eine Finanzstrategie über die Jahre 2021 bis 2028 zur Diskussion vorzulegen.

Ich bitte das Parlament, den Antrag zu unterstützen.

Colette Nova (SP): Primär eine Bemerkung zum Nichtversand der GGR-Unterlagen:

Wir haben einen Teil der wichtigen Unterlagen nur per E-Mail erhalten. Zum Geschäft "ÜO Poststrasse Süd" ist es noch schlimmer. Der Überbauungsplan und die eigentliche Überbauungsordnung wurden nicht versandt. Es gibt eine klare Beschlusseziffer des Grossen Gemeinderates. Ich bitte den Gemeinderat, diesen einzuhalten.

➤ Nun zum Geschäft

Ich habe eine erfreuliche Nachricht. Es gibt mehr Geld. Es sind noch 3,5 Mio. Franken da, welche nur abgeholt werden müssen. In einem BUND-Interview des Gemeindepräsidenten von heute kann entnommen werden: "Wir warten die Liquidation der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) ab. Möglicherweise gibt das zusätzliche Gelder, die man verwenden könnte."

Hei, wir müssen nicht abwarten; wir müssen handeln! Es gibt auch kein "könnte". Es ist Geld da. Um was geht's?

Alle Gemeinden mussten nach einem langen Prozess Geld einlegen. Die PVS BIO hat vorsichtig Rückstellungen angehäuft. Nachdem diese Gelder in die neuen Pensionskassen überwiesen wurden, sind noch 7 Mio. Franken (infolge der vorsichtigen Rückstellungen) übrig geblieben. Eine Kumulation von verschiedenen Sachen führte zu diesem Überschuss. Der Stiftungsrat und die heutigen Liquidatoren der PVS BIO sind heute der Meinung, dieses Geld den Destinatären zukommen zu lassen.

Ich und viele andere Vertretende der andern Gemeinden sind der Meinung, dieser Sachverhalt ist nicht richtig. Das Geld steht den jeweiligen Gemeinden zu und von den 7 Mio. entfällt rund die Hälfte zugunsten der Gemeinde Ostermundigen. Wir müssen nun dafür sorgen, dass die 3,5 Mio. Franken in unsere Gemeindekasse fliessen. Der Gemeinderat muss die neue Pensionskasse anweisen, das Geld in die "Arbeitgeber-Reserve" einzulegen. Anschliessend können wir unsere Beiträge bis zur Höhe dieser Reserve aus dem Topf nehmen. Das entlastet unsere Gemeindekasse um 3,5 Mio. Franken im kommenden Jahr. Hier muss die Verantwortung übernommen werden und es darf nicht zugewartet werden!

➤ Fazit

Der Finanzplan muss entsprechend angepasst werden. Schon aus diesem Grund ist der Finanzplan an den Gemeinderat zurück zu weisen. Der Finanzfehlbetrag wird um ein Jahr nach hinten verschoben.

Damit ändert die gute Nachricht: Die finanziellen Aussichten der Gemeindekasse verbessern sich mittel- bis langfristig nicht, d. h. sie bleiben sehr schlecht. Es sieht danach aus, als ob die Gemeinde Ostermundigen ein strukturelles Defizit hat. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Neu ist, dass dieses Defizit grösser ist, als bisher gedacht. Das bedeutet auch, dass ohne Änderungen auf der Einnahmeseite und/oder Ausgabeseite kommen wir nicht aus dem Dreck. Wir alle sind der Auffassung, dass der Gemeinderat bei diesem Geschäft kneift resp. sich von der Verantwortung drückt! Diese Aufgabe kann nicht Jahr für Jahr aufgeschoben werden und auf irgendwelche Wunder oder nach dem Prinzip "Hoffnung" oder Einmaleffekt setzen. Ich teile die Meinung von Hans Wipfli (SVP). Es ist klar eine Aufgabe des Gemeinderates, dem Parlament eine entsprechende Strategie vorzustellen - mit Varianten. Das ist eine unangenehme Aufgabe. Aber auch für solche ist der Gemeinderat gewählt. Er muss hier tätig werden.

Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion ist deshalb der Meinung, dass der Finanzplan nicht abgelehnt werden darf. Wir sind der Auffassung, dass der Finanzplan zur Überarbeitung an den Gemeinderat zurückzuweisen ist. Wir möchten deshalb den folgenden **Änderungsantrag Nr. 2** stellen:

1. *Der Finanzplan wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.*
2. *Der Gemeinderat wird beauftragt, dem GGR an der Dezember-Sitzung 2019 in Lösungsvarianten (in Form einer längerfristigen Finanzstrategie) aufzuzeigen, wie er die desolante Finanzlage zu korrigieren gedenkt. Ziel der Strategie ist, dass die Gemeinde mit grosser Wahrscheinlichkeit bis 2024 keinen Bilanzfehlbetrag ausweisen wird.*
3. *Gestützt auf die in der Dezember-Sitzung zu führende Debatte im GGR soll der Gemeinderat an der darauffolgenden Sitzung einen angepassten Finanzplan zur Genehmigung unterbreiten.*

Zurückweisen mit einem klaren Auftrag, dem Grossen Gemeinderat etwas zu unterbreiten: Eine Strategie in Varianten. Budget und Finanzplan sind grundsätzlich zwei getrennte Geschäfte, aber sie bilden trotzdem ein Ganzes. Sie gehören zusammen. Deshalb werden wir bei der Budgetdebatte den Antrag stellen, die Beratung des Budgets 2020 auf die Dezember-Sitzung zu verschieben. Ich glaube mit diesem Vorgehen, die Finanzkommission in ihren Bemühungen zu unterstützen. Es ist fast der identische Wortlaut des Antrages der Finanzkommission an den Gemeinderat.

Dieses Vorgehen bedeutet nicht, dass wir heute Abend keine Diskussion zum Budget zu führen haben. Aber die Beschlussfassung zum Budget ist zu verschieben. Defacto läuft das Geschäft auf eine erste und zweite Lesung hinaus (in Anwendung von Artikel 39 Absatz 3 GO GGR).

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Den Auftrag kann der Gemeinderat in dieser Form nicht entgegen nehmen. Die Fristen für im Dezember lassen ein solches Vorgehen nicht zu. Die nächste GR-Sitzung findet am 12. November 2019 statt. Am

11. November 2019 findet die nächste Finanzkommission statt. Wir müssen das Geschäft 10 Tage vor der Sitzung an die FIKO-Mitglieder verschicken. Morgen ist bereits der 1. November 2019. Eine Antwort seitens Gemeinderat an der Dezember-Sitzung ist unmöglich.

Christian Zeyer (SP): Lieber Gemeinderat, das ist Arbeitsverweigerung und wir akzeptieren das nicht! Man kann auch terminlich vorwärts machen. Ihr habt keine Verpflichtung, die Finanzkommission einzubeziehen.

- a. Die meisten Grundlagen sind bereits vorhanden.
- b. Die Empfehlung der Finanzkommission hat der Gemeinderat nicht berücksichtigt.

Was wir vom Gemeinderat verlangen, hat die Finanzkommission bereits an ihrer letzten Sitzung verlangt. Wir verlangen von euch, dass Ihr die Arbeiten aufnehmt. Ich möchte nicht nochmals in den Zeitungen lesen "Nur noch ein Wunder kann Ostermundigen retten". Dann verliere ich komplett das Vertrauen in den Gemeinderat!

Bettina Fredrich (SP): Ich möchte das Votum von Christian unterstützen. Ich möchte den Departementsvorsteher Finanzen/Steuern daran erinnern, dass wir im August in der Finanzkommission das Thema bereits traktandiert hatten. Wir konnten damals das Geschäft nicht behandeln, da die Unterlagen erst drei Tage vor der Sitzung bei den Kommissionsmitgliedern angekommen sind. Im September wurde das Geschäft nochmals traktandiert, mit einem klaren Auftrag und der Gemeinderat war sich bewusst, um was es letztendlich geht. Der Gemeinderat hätte sich zur Sachlage Gedanken machen können.

1. Vizepräsident Hans Wipfli (SVP): Die SVP-Fraktion stellt folgenden **Änderungsantrag Nr. 3:**

1. *Der Finanzplan und das Investitionsprogramm werden nicht genehmigt.*
2. *Der Gemeinderat sei zu beauftragen, einen überarbeiteten Finanzplan mit einem Jährlichen Fehlbetrag von maximal 1.5 - 2 Mio. Franken auszuarbeiten.*
3. *Der Gemeinderat sei zu beauftragen, den bestehenden Budget- und Finanzprozess (mitsamt dem Finanzplanprozess als Steuerungsinstrument) derart anzupassen, dass die vom Parlament vorgegebenen finanzpolitischen Eckwerte eingehalten werden können.*
4. *Der Gemeinderat sei zu beauftragen, eine realistische und umsetzbare Finanzstrategie 2021 – 2029 zu entwickeln und dem Parlament vorzulegen.*

Warum eine solange Frist? Es wird dem Gemeinderat praktisch erlaubt sein, innerhalb von vier Jahren eine schwarze Null zu schreiben.

Rahel Wagner (EVP): Ich bin jetzt auch ein wenig böse; nicht mit dem Gemeinderat sondern mit dem Parlament.

Die Arbeitsverweigerung seitens Gemeinderat wurde erwähnt. Das Parlament hat die Arbeit ebenfalls verweigert. Dort wo der runde Tisch einberufen worden ist und Miteinander der Konsens hätte erwirkt werden können. Damit hätte das ewige Hickhack zwischen links und rechts unterbunden werden können.

Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion will auf Biegen und Brechen keine Steuererhöhung stellen. Der vorliegende Gemeinderatsantrag zielt jedoch auf eine Steuererhöhung hin. Der Gemeinderat kann gar nicht anders. Ein Finanzplan 2024 ohne Finanzfehlbetrag ist unmöglich. Nur eine Steuererhöhung um mindestens einen Steuerzehntel ist vorzulegen. Der Gemeinderat muss voraus gehen und endlich bekennen, was er will. Der Gemeinderat und nicht das Parlament hat eine Steuererhöhung zu beantragen!

Eine Finanzstrategie aufzustellen sollte im Internet nachrecherchiert werden. Wir können nicht nur Zahlen bringen, einen Knopf drücken und hoffen, dass die Finanzen in Lot sind. Auch der Gemeinderat braucht Zeit, um die Finanzstrategie zu erklären. Das bedingt viel Zeit. Alles auf die Dezember-Sitzung zu verschieben, bedeutet einen Murks und niemand ist letztendlich zufrieden. Der Gemeinderat kann diese Verantwortung nicht übernehmen, in so kurzer Zeit eine angemessene und gute Finanzstrategie zu erarbeiten. Aus diesem Grund haben wir von der EVP/CVP-Fraktion dem Gemeinderat die Zeit eingeräumt und wollen im Mai 2020 die Beschlussfassung zur Finanzstrategie vornehmen.

Rolf Rickenbach (FDP): Liebe Rahel, ich sehe das jetzt anders. Es ist kein links/rechts Hickhack. Die beiden Änderungsanträge stossen in dieselbe Richtung, auch wenn sie geringfügig anders formuliert sind. Es wäre für mich einfacher, es gäbe nur einen Änderungsantrag. Ich glaube auch nicht an Wunder und dass an der Dezember-Sitzung alles vorhanden ist. Wir werden im Dezember wie aber auch heute Abend nicht zufrieden sein. Aus diesem Sinn kann ich einfach nicht Ja-sagen.

Wäre es möglich, die beiden Änderungsanträge der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion und der SVP-Fraktion zu synchronisieren resp. zu kombinieren. Es wäre für alle Parlamentsmitglieder einfacher!

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich habe die Geschäftsordnung des GGR aufgeschaltet. Das Votum von Rolf Rickenbach (FDP) bezüglich die Fristigkeiten kann unterstützt werden. In Artikel 32 Absatz wird festgehalten:

...Die Unterlagen sind den Mitgliedern des GGR in der Regel 20 Tage vor der Sitzung zuzustellen...

Die nächste Sitzung findet am 19. Dezember 2019 statt. Erich Blaser hat bereits erwähnt, dass alle Geschäfte spätestens am 12. November 2019 vom Gemeinderat verabschiedet werden müssen. Wenn sich das Parlament mit einer kürzeren Fristsetzung einverstanden erklären kann, wird dem Gemeinderat grössere Flexibilität eingeräumt. Damit will ich nicht Stellung nehmen, dass bis am 19. Dezember 2019 der Gemeinderat eine Finanzstrategie erarbeiten kann. Hier ist noch Denksport von Nöten und die Finanzaufstellungen sollen bis zum Jahr 2029 Gültigkeit haben. Das als Rahmen resp. Hintergrund zur Fragestellung der Fristigkeiten.

2

1. Vizepräsident Hans Wipfli (SVP): Zum Votum von Rahel Wagner (EVP): Die Rollen und Aufgabenverteilungen sind in den kantonalen und den gemeindeinternen Regulativen ganz klar abgebildet. Wer was machen muss, dazu gibt es keine Diskussionen!

Die Finanzkommission weist bereits seit Jahr und Tag auf nicht umgesetzte Massnahmen hin - u. a. genau auf die verlangten Finanzstrategien.

Colette Nova (SP): Ich bin nicht Mitglied der Finanzkommission. Aber ich kann die Voten voll und ganz unterstützen. Im kantonalen Gemeindegesetz werden die Aufgaben und Pflichten klar geregelt. Wir nehmen unsere Verantwortung schon wahr. Aber wir brauchen dazu die entsprechenden Unterlagen, welche wir allenfalls bearbeiten können (+ das oder - das).

- Zum Hinweis von Thomas Iten

Ich kann nur von mir sprechen. Wenn es heisst *in der Regel* dann darf es auch ausnahmsweise einmal weniger sein. Es muss so sein, dass wir in den Fraktion das Geschäft beraten können, d. h. die Zustellung der Unterlagen so 14 Tage vor der GGR-Sitzung wären akzeptabel.

- Der Begriff "Finanzstrategie"

Wir wollen in Varianten die verschiedenen möglichen Szenarien vorgestellt bekommen. Wie kann es aussehen? Was können wir tun? Was müssen wir tun? Um aus der misslichen Lage zu kommen. Es müssen keine hochtragenden Papiere sein. Es liegt bereits etwas vor. Im Finanzplan wurde im Bereich "Steuerertrag" Korrekturen vorgenommen. Aber auch die Aspekte auf der Ausgabe Seite müssen überprüft werden. Es müssen sinnvolle Varianten aufgezeichnet werden. Der Einfluss über mehrere Jahre hinweg muss sichtbar gemacht werden. Es braucht ebenfalls einen Kommentar zu den verschiedenen Varianten, welcher die Unterschiede bekannt geben. Gefordert wird ein "Finanzplan in Varianten" mit Veränderungen auf der Einnahmeseite und mit möglichen Veränderungen auf der Ausgabe Seite inkl. verständlichen Erklärungen dazu.

Hat die Gemeinde Ostermundigen ein Tool, dies bis ins Jahr 2029 aufzuzeigen? Es wäre sicher sinnvoll, wenn das möglich wäre. Die notwendige Software ist mit dem "Zahlenmaterial" zu füttern. Uns ist allen klar, dass das "Zahlenmaterial" hieb und stichfest sein muss. Kurz und knapp sind die Veränderungen dem Parlament vorzulegen.

Das Votum von Rolf Rickenbach (FDP) mit der "Fusion" der Änderungsanträge der SVP-Fraktion und der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion kann ich unterstützen. Dies kann nicht während der laufenden Sitzung passieren - wir brauchen ein sogenanntes *Timeout* dazu.

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Besten Dank für den Hinweis. Wir machen eine Pause von 20 Minuten zur Klärung der hängigen Änderungsanträge.

Ernst Hirsiger (SVP): Wir müssen uns fraktionsübergreifend verständigen, was wir unter einer "Finanzstrategie" genau verstehen. Für mich ist das nicht nur eine Finanzplanvariante sondern eine Strategie, ein "Schlachtplan"; etwas Übergeordnetes. Der Finanzplan hat sich an

² 20.05 Uhr: Emsale Selmani (SP) tritt der Sitzung bei. Es sind 30 Ratsmitglieder anwesend.

diese Strategie auszurichten. Es gibt dort immer Sachen, welche nicht berücksichtigt werden können.

----- 20 minütige Pause -----

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Wir fahren mit dem Geschäft "Finanzplan" fort. Gibt es erste Erkenntnisse?

Christian Zeyer (SP): Wir haben uns beraten und einen gemeinsamen, überparteilichen **Änderungsantrag Nr. 4** erstellt:

1. *Der Finanzplan und das Investitionsprogramm werden zur Überarbeitung zurückgewiesen.*
2. *Der Gemeinderat wird beauftragt, einen überarbeiteten Finanzplan in Varianten bis Dezember 2019 auszuarbeiten.*
3. *Ziel des Finanzplans ist es, dass die Gemeinde mit grosser Wahrscheinlichkeit bis 2026 keinen Bilanzfehlbetrag ausweist.*
4. *Die Beratung des Budgets wird auf die Dezember-Sitzung verschoben.*

Begründung

Die Wahrscheinlichkeit wurde um zwei Jahre bis ins Jahr 2026 hinausgeschoben (siehe Beschlussesziffer Nr. 3). Grundsätzlich hätte das Budget 2020 mit einem Fehlbetrag von 3,5 Mio. zurückgewiesen werden müssen. Wir sind jedoch bereit, die Beratung des Budgets an der nächsten Sitzung vorzunehmen. Dies erfolgt im Sinne eines Ordnungsantrages (Art. 39 GO GGR); es handelt sich nicht um eine Rückweisung sondern um eine Verschiebung des Geschäftes. Aufgrund der Einheit der Materie ist es notwendig, dass der Finanzplan und das Budget zusammen behandelt werden. Es ist nicht sinnvoll, die Behandlung erst anlässlich der Mai-Sitzung vorzunehmen. Die Dringlichkeit muss aufrechterhalten bleiben.

Oliver Tamas (GLP): Wir waren uns in der Pausenverhandlung nicht ganz einig. Wir seitens der GLP/BDP-Fraktion zeigen uns konstruktiv und wollen das Budget nicht ablehnen. Wir sind auch nicht der Meinung, dass der Finanzplan und das Budget zwingend beraten werden müssen. Das Budget kann verabschiedet werden und der strategische Teil resp. Finanzplan inkl. Entwicklung bis ins Jahr 2028 kann durchaus erst im Mai verabschiedet werden.

Es ist völlig unrealistisch, einen strategischen Finanzplan in Varianten bis zur Dezember-Sitzung vorzulegen. Er wäre bestimmt fehlerhaft und unvollständig und der Finanzplan würde nochmals zurückgewiesen.

Wir schlagen vor, die Beschlussesziffern Nr. 1 und 2 zu genehmigen. Wir wollen strategische Varianten sehen (nicht mit allen Detailzahlen). Die Laufzeit beläuft sich auf die Jahre 2021 bis 2028.

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Wir brauchen den schriftlichen Änderungsantrag.

Rahel Wagner (EVP): Ich habe eine Verständnisfrage:

Wir haben in unserem Änderungsantrag Nr. 1 erwähnt, dass der Gemeinderat bis am 7. Mai 2020 eine Finanzstrategie 2021 bis 2028 vorzulegen hat. Wird dieser Sachverhalt von der GLP/BDP-Fraktion unterstützt?

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Eine Anmerkung zum Versand der Unterlagen:

Wir wären ein klein wenig flexibler, wenn der GGR-Versand für Budget + Finanzplan am 3. Dezember 2019 erfolgte. Am 5. Dezember 2019 sollten die Unterlagen vom Postboten verteilt werden. Es stellt sich für mich die Frage, ob dies für euch ein gangbarer Weg ist. Die Frist von 20 Tagen kann nicht eingehalten werden.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Das Geschäft muss zwingend in die Finanzkommission. Die nächste FIKO-Sitzung findet am 25. November 2019 statt. Es ist unmöglich, die Unterlagen bis dann zu erstellen. Wir könnten die Sitzung verschieben. Das Vorgehen bedingt, dass die Abteilungsleitenden innerhalb von 10 Tagen die überarbeiteten Zahlen der Abteilung Finanzen/Steuern liefern müssen.

→ Mit diesem Auftrag wird die ganze Verwaltung blockiert.

3

Rolf Rickenbach (FDP): Sollte jemand mit dem jetzt passierten überrascht sein, dann ist er absolut naiv! Jeder, der etwas von Politik versteht, weiss aus welcher Richtung die Drohungen "wir blockieren die Verwaltung" kommen. Das Ganze ist "Bireweich". Wir unterstützen den Änderungsantrag Nr. 4. Damit ist die Verwaltung für einige Tage blockiert.

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Welche Änderungsanträge werden überhaupt zurückgezogen?

Der **Änderungsantrag Nr. 2** der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion sowie der **Änderungsantrag Nr. 3** der SVP-Fraktion werden zugunsten des neuen, überparteilichen Änderungsantrag Nr. 4 **zurückgezogen**.

Der Änderungsantrag Nr. 1 bleibt bestehen. Über diesen hat der Grosse Gemeinderat zuerst abzustimmen. Der **Änderungsantrag Nr. 1** der EVP/CVP-Fraktion für eine neue Beschlussziffer Nr. 3 lautet wie folgt:

3. *Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat an der Sitzung vom 7. Mai 2020 eine Finanzstrategie über die Jahre 2021 bis 2028 zur Diskussion vorzulegen.*

Abstimmung

Der Änderungsantrag Nr. 1 wird mit 17 zu 4 Stimmen abgelehnt.

³ 20.45 Uhr: Adrian Tanner tritt der Sitzung bei.

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Nun ist über den überparteilichen **Änderungsantrag Nr. 4** abzustimmen. Dieser lautet wie folgt:

1. *Der Finanzplan und das Investitionsprogramm werden zur Überarbeitung zurückgewiesen.*
2. *Der Gemeinderat wird beauftragt, einen überarbeiteten Finanzplan in Varianten bis Dezember 2019 auszuarbeiten.*
3. *Ziel des Finanzplans ist es, dass die Gemeinde mit grosser Wahrscheinlichkeit bis 2026 keinen Bilanzfehlbetrag ausweist.*
4. *Die Beratung des Budgets wird auf die Dezember-Sitzung verschoben.*

Abstimmung

Der Änderungsantrag Nr. 4 wird mit 21 zu 6 Stimmen angenommen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Vielen Dank für den Auftrag. Wir werden in die Hosen steigen!

Ich habe mich bei anderen Gemeinden in Bezug auf "Finanzstrategien" informiert. Es ist nicht so, dass der Gemeinderat alle Details und Möglichkeiten abbilden kann. Es ist wichtig zu wissen, dass der Auftrag beim Gemeinderat angekommen ist. Wir können die Erwartungen jedoch nicht zu 100 Prozent erfüllen resp. ins Parlament einbringen.

Es ist wichtig, dass wir im Dezember nicht wieder eine halbe Stunde lang über die Art und die Qualität des Finanzplans diskutieren.

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass die Budgetberatung resp. die Dezember-Sitzung früher starten wird; auch im Hinblick auf das Jahresschlussessen:

→ Wir starten die Sitzung deshalb bereits um **17.00 Uhr**.

B e s c h l u s s

1. Der Finanzplan und das Investitionsprogramm werden zur Überarbeitung zurückgewiesen.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, einen überarbeiteten Finanzplan in Varianten bis am 19. Dezember 2019 auszuarbeiten.
3. Ziel des Finanzplans ist es, dass die Gemeinde mit grosser Wahrscheinlichkeit bis ins Jahr 2026 keinen Bilanzfehlbetrag ausweist.
4. Die Beratung des Budgets wird auf die Dezember-Sitzung verschoben.

20.1.01 Jahresvoranschläge - Budgets

246. Budget 2020 mit Festsetzung der Steueranlagen; Genehmigung

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Das Geschäft wird an der nächsten Sitzung am 19. Dezember 2019 behandelt.

10.22.1.52 ZPP/ÜO Nr. 27 „Poststrasse Süd“ (ehemals: Bahnhof-Sektor D)

247. Überbauungsordnung "Poststrasse Süd": Aufhebung Sektor D der Zone mit Planungspflicht Nr. 27 „Bahnhof“; Genehmigung

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich habe noch zwei wichtige Informationen:

1. Im gemeinderätlichen Antrag wurde erwähnt, dass zwei Einsprachen eingereicht worden sind. Eine Einsprache ist von BernMobil und eine von der Domus AG. Die Einsprache der Domus AG wurde in der Zwischenzeit zurückgezogen. Die Einsprache von BernMobil konnte in eine Rechtsverwahrung umgewandelt werden. Es wurde eine Vereinbarung unterzeichnet. Im Hinblick auf eine allfällige Prüfung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) sind die eingereichten Einsprachen als erledigt zu betrachten.
2. Es wurde vorgängig eine Informationsveranstaltung durchgeführt. Heute wäre es wichtig, wenn der Grosse Gemeinderat dem Projekt zustimmen täte.

Hans Peter Friedli (SVP): Die SVP-Fraktion ist erfreut, dass für dieses Areal ein sogenannter "Sockelmieter" gefunden werden konnte. Jetzt kann diese Brache und Schandfleck entfernt werden. Das ist ein wertvoller Beitrag für die Entwicklung unseres Dorfes. Mit dem TCS konnte ein guter Mieter gefunden werden. Die Mitarbeitenden werden mehrheitlich mit dem öffentlichen Verkehr anreisen. Die Lösung mit nur 10 oberirdischen Parkplätzen ist für uns nicht optimal, auch wenn noch 30 unterirdische Parkplätze zur Verfügung stehen. Die Mini-parkanlage anstelle von Parkplätzen finden wir gut. Das Gebiet Postrasse/Bernstrasse wird mit diesem Park aufgewertet. Das gesamte Projekt finden wir gut und wir werden dem Geschäft zustimmen.

Sandra Löhner (CVP): Die CVP/EVP-Fraktion wird diesem Geschäft ebenfalls zustimmen.

Vorab besten Dank für den gelungenen Informationsanlass, welcher im Vorfeld zu diesem Traktandum stattgefunden hat. Leider konnte ich persönlich nicht daran teilnehmen. Es sei aber sehr interessant und informativ gewesen.

Die GGR-Botschaft präsentiert uns ein ausgereiftes und gut ausgearbeitetes Geschäft. Die Vorschläge sind plausibel, die Mitarbeit des beigezogenen Planers scheint sich bewährt zu haben. Wie eingangs der Erläuterungen erwähnt „Ändlich geit öppis“ - dieser Aussage schliessen wir uns gerne an. Wir wollen vorwärts schauen und Ostermundigen im Sinne von O'mundo der Ortsplanungsrevision weiterentwickeln. Deshalb werden wir dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Christian Zeyer (SP): Auch wir haben die vorliegende Überbauungsordnung (ÜO) geprüft und können diese als gut bezeichnen. Wir sind erfreut, dass in diesem Gebiet etwas geschieht und die „Osterhasen“ nun endlich in der Falle sind.

In einem Bereich bzw. in Artikel 21 möchten wir noch eine kleine Änderung anbringen. Im Begleitbericht ist nachzulesen, dass die Verkehrsmassnahmen mit den 140 Parkplätzen als machbar bzw. plausibel taxiert worden sind. Wir möchten, dass dieser Befund entsprechend in der ÜO aufgenommen wird. Aus diesem Grund möchten wir in Artikel 21 Absatz 2 den letzten Satz streichen und ersetzen durch: „Die Gesamtzahl der Parkplätze darf 150 PP nicht überschreiten. Es ist ein Mobilitätskonzept zu erstellen.“

Damit stellen wir sicher, dass in diesem zentral gelegenen Überbauungsgebiet auch tatsächlich von der sehr guten Erschliessungslage profitiert werden kann. Im Projekt des TCS ist die Parkplatzzahl von 150 Stück vorgesehen. Wieso soll dies trotzdem in die ÜO einfließen? Die Erfahrung hat gezeigt, dass im Bauwesen nichts mit absoluter Sicherheit gegossen wird. Es könnte sein, dass sich der Ankermieter (TCS) vom Projekt zurückzieht oder die HRS das ganze Gebiet überarbeiten wird. Im Begleitbericht sind die 150 Parkplätze erwähnt und die ÜO ist dementsprechend umzusetzen. Es ist davon auszugehen, dass dieser Zusatzvermerk zu keinen Einsprachen führen wird.

Oliver Tamas (GLP): Wir haben das Geschäft ebenfalls intensiv geprüft und waren mit zwei Vertretern an der sehr interessanten Informationsveranstaltung. Die GLP/BDP-Fraktion kann das vorliegende Geschäft unterstützen. Das Projekt ist gut ausgearbeitet worden und zeigt gute Lösungen auf. Der Schandfleck wird eliminiert und die Bahnhofunterführung wird noch behindertengerecht ausgestattet. Es werden 600 neue Arbeitsplätze geschaffen; die Gastronomie, die Detailhändler etc. können davon profitieren. Die Mehrwertabgabe fliesst in die Gemeindekasse.

Christoph Leiser (FDP): Auch die FDP. Die Liberalen-Fraktion kann das Projekt unterstützen. Wir sind überzeugt, dass das Ganze eine gute Sache ist. Viele Sachen können mit der Gestaltung und der Bewegung im ÜO-Perimeter noch in Schwung gebracht werden. Besten Dank für die Errichtung dieses guten Projektes.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Besten Dank für die positiven Rückmeldungen. Das Mobilitätskonzept ist für den Gemeinderat ein zentrales Thema. Es wurden intensive Diskussionen geführt. Die Anzahl der Parkplätze und der sogenannte "Salon vert" sollten die Qualität der Überbauungsordnung (ÜO) ausmachen.

Zum Änderungsantrag Nr. 1 der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion gilt es zu erwähnen:

Letzte Woche hat eine Sitzung im Zusammenhang mit der ÜO San Siro stattgefunden. Parallel zur Planung einer ÜO kann noch eine Auflage für Änderungen und Anpassungen vorgenommen werden. Die Situation ist bei der vorliegenden ÜO rechtlich genau die Gleiche. Der grosse Unterschied liegt darin, dass wir hier von einem absoluten "Zeitgeschäft" ausgehen. Wir müssen für den Ankermieter TCS die grösstmögliche Sicherheit erwirken. An der Informationsveranstaltung wurde der sehr enge Zeitplan ausführlich dargelegt. Der Änderungsantrag kann nicht 1 zu 1 in die ÜO übernommen werden. Die Auflage ist jedoch in die Infrastruktur einfließen zu lassen. Der Eigentümer ist bereit, dies so zu veranlassen.

Christian Zeyer (SP): Das ist für die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion ein gangbarer Weg. Wir müssen den Änderungsantrag redaktionell abändern. Der **Änderungsantrag Nr. 1** der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion für eine neue Beschlusseziffer Nr. 2 lautet demnach wie folgt:

Im Infrastrukturvertrag ist festzuhalten: „Die Gesamtzahl der Parkplätze darf 150 PP nicht überschreiten. Es ist ein Mobilitätskonzept zu erstellen.“

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Das ist für den Gemeinderat ein gangbarer und guter Lösungsansatz. Die Eigentümerschaft kann diesem Zusatzvermerk sicher zustimmen.

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Somit kommen wir zur Abstimmung resp. zum **Änderungsantrag Nr. 1** der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion für eine neue Beschlusseziffer Nr. 2. Diese lautet neu wie folgt:

Im Infrastrukturvertrag ist festzuhalten: „Die Gesamtzahl der Parkplätze darf 150 PP nicht überschreiten. Es ist ein Mobilitätskonzept zu erstellen.“

Abstimmung

Der Änderungsantrag Nr. 1 wird mit einstimmig genehmigt.

Schlussabstimmung

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 30 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Überbauungsordnung (ÜO) „Poststrasse Süd“ und die Aufhebung des Sektor D der ZPP Nr. 27 „Bahnhof“ und eines Teils der Zone mit Planungspflicht Nr. 1 „Kernschutzzone“ werden beschlossen.
2. Im Infrastrukturvertrag ist festzuhalten: „Die Gesamtzahl der Parkplätze darf 150 Stück nicht überschreiten. Es ist ein Mobilitätskonzept zu erstellen.“
3. Die Anpassung des Gestaltungsrichtplanes Bernstrasse West wird beschlossen.
4. Die Aufhebung des „Richtplans ESP Bahnhof Ostermundigen“ vom 30. Oktober 1997 wird beschlossen.
5. Der Grosse Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass der Gemeinderat auf den oberirdischen Realersatz der bisher im Projekt „Tram Region Bern“ vorgesehen Ersatzparkplätze in Bereich der Grundstücke Nr. 2263 und 3063 („Alte Post“ und „Mietwagenparkplatz“) verzichtet, bzw. neu eine mehrheitlich unterirdische Anordnung und Mehrfachnutzungen mit den neu entstehenden öffentlichen Parkplätzen in der ÜO „Poststrasse Süd“ vorsieht. Dabei bleibt die Anzahl Ersatzparkplätze unverändert.
6. Dem kantonalen Amt für Gemeinden und Raumordnung wird beantragt, die aufrechterhaltene Einsprache abzuweisen.
7. Die Beschlussziffer Nr. 1 unterliegt dem fakultativen Referendum.

10.3.74 Interpellationen
50.8.21 Ruhestörung

248. Interpellation EVP/CVP-Fraktion betreffend Lärm und Geschwindigkeitsüberschreitungen durch "Autoposer" auf der Bernstrasse; schriftliche Beantwortung

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Ist die Erstunterzeichnerin mit der Beantwortung einverstanden?

Rahel Wagner (EVP): Besten Dank der Abteilung Öffentliche Sicherheit für die Beantwortung der Fragen. Offenbar ist es für sehr viele Anwohnerinnen und Anwohner sehr unangenehm, wie sich die Autoposer in Szene setzen. Die Lärmemissionen sind gravierend. Ich möchte das Polizeiinspektorat ermutigen, am Versuchsprojekt seitens Bund mitzumachen.

B e s c h l u s s

Die Interpellation EVP/CVP-Fraktion betreffend Lärm und Geschwindigkeitsüberschreitungen durch "Autoposer" auf der Bernstrasse wird schriftlich beantwortet.

10.3.74	Interpellationen
20.1.01	Jahresvoranschläge - Budgets
20.3.51	Eingehende Beiträge Bund

249. Interpellation GLP/BDP-Fraktion betreffend "Erläuterungen zum Jahresabschluss 2018 im Hinblick auf das Budget 2019"; schriftliche Beantwortung

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botenschaft dokumentiert. Ist der Erstunterzeichner mit der Beantwortung zufrieden.

Oliver Tamas (GLP): Besten Dank für die ausführliche Beantwortung. Kurze Zusammenfassung:

Wir hatten im Jahre 2018 ein operatives Ergebnis von +15 Mio. Franken abgeschlossen.

Begründung:

Mehrwertabgabe BäreTower; Auflösung von Rückstellungen; zusätzliche Abschreibungen). Die Kapitalstruktur konnte deutlich verbessert werden; das Eigenkapital konnte um +17 Mio. Franken aufgebessert werden.

In Zukunft muss beachtet werden, dass der Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) sich im Budget 2020 um 5,3 Mio. Franken angestiegen ist. Es besteht seit dem Jahre 2015 eine offene Motion von Cédric Luyet. Diese wird an der nächsten Budgetdebatte nochmals zur Sprache kommen.

B e s c h l u s s

Die Interpellation GLP/BDP-Fraktion betreffend "Erläuterungen zum Jahresabschluss 2018 im Hinblick auf das Budget 2019" wird schriftlich beantwortet.

250. Orientierungen des Gemeinderates

10.13.91 Zusammenarbeitsformen

a. Kooperation Bern; Begleitgruppe Ostermundigen

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ein kurzes Update:

Im September wurde die vom Gemeinderat gewählte "Begleitgruppe" erstmals einberufen. Gestern Abend fand die zweite Sitzung statt. Die nächsten Termine konnten festgelegt werden. Unser GGR-Mitglied Matthias Kuert (SP) hat sich bereit erklärt, das Präsidium zu übernehmen. Nach wie vor wird eine Vertretung aus den "handwirtschaftlichen Berufsgruppe" gesucht.

10.3.72 Motionen

b. Dringliche Motion betreffend „Zukunftsfähige Überbauung auf dem San Siro“

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Wir haben das Thema bei der Überbauungsordnung Poststrasse bereits kurz angesprochen. Am 22. Oktober 2019 hat ein runder Tisch stattgefunden. Die Unterschiede und Differenzen wurden offengelegt. Sehr viele Punkte konnten diskutiert und als erledigt abgeschrieben werden. Momentan sind noch zwei Prüfaufträge im Gange. Im ersten Quartal 2020 wird die Überbauungsordnung „San Siro“ dem Parlament vorgestellt.

10.3.72 Motionen

c. Motion betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des Debakels der PVS BIO; aktueller Stand

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Ich habe bereits das ganze Jahr über den Stand des Geschäftes informiert. Wir haben die Geschäftsprüfungskommission bereits vororientiert. Wir geben eine zusammenfassende Information zu den Geschäften Nr. 250 c) und 250 d) ab.

10.3.74 Interpellationen

d. Überparteiliche Interpellation betreffend Stand der Umsetzung der Motion betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des Debakels der PVS BIO

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (GLP): Bezüglich den eingereichten Vorstösse kann ich zum heutigen Zeitpunkt Folgendes mitteilen:

- Der Gemeinderat nutzt alle vorhandenen Möglichkeiten um für die Gemeinde Ostermundigen im Rahmen des Liquidationsverfahrens möglichst viel zurückzuerhalten. Nebst der Beratung von Rechtsanwältin Frau Vetter wurde zusätzlich der Pensionskassenexperte Peter Spuhler hinzugezogen. Die Beratungen veranlassten den Gemeinderat den von der Personalvorsorgestiftung vorgeschlagenen Liquidationsplan nicht zu akzeptieren und eine entsprechende Stellungnahme einzureichen. In der Stellungnahme machen wir primär geltend, dass überschüssige Mittel direkt an die Gemeinde Ostermundigen zurück zu überweisen sind. Gerne stellen wir dem Parlament die Beantwortung der Interpellation per nächster GGR-Sitzung in Aussicht.
- Bezüglich Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen, kann der Gemeinderat an dieser Stelle aus verfahrenstaktischen Gründen leider noch keine detaillierten Aussagen machen. Auch in dieser Angelegenheit kommt der Gemeinderat seiner Sorgfaltspflicht nach. Er schöpft in Zusammenarbeit mit Rechtsanwältin Vetter alle zur Verfügung stehenden Mittel aus.
- Die Geschäftsprüfungskommission ist über den Stand des Verfahrens informiert und wird anlässlich jeder GPK-Sitzung auf datiert. Die betreffenden Vorstösse werden beantwortet, sobald das Verfahren dies zulässt.

10.3.72 Motionen

e. Überparteiliche Motion „Nachhaltige Sportplätze in Ostermundigen“

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Letztmals habe ich im Zusammenhang mit der Kunstrasen-Motion informiert. Wir beauftragen einen externen Spezialisten, damit anlässlich der Dezember-Sitzung die Motion beantwortet werden kann.

Ratspräsidentin Silvia Fels (EVP): Dieser parlamentarische Neueingang wurde heute Abend eingereicht:

→ Überparteiliche Motion "Besserer Budget- und Finanzprozess"

Damit sind wir bereits am Ende der heutigen Sitzung angekommen. Denkt daran:

- Die nächste Sitzung beginnt bereits um 17.00 Uhr mit anschliessendem gemütlichem Beisammensein.

Uf Wiederluege mitenand.

10.3.72 Motionen

251. Überparteiliche Motion „Besserer Budget- und Finanzprozess“; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut bzw. Auftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, im Hinblick auf den Finanzplan 2021 - 2026 den bestehenden Budget- und Finanzprozess (mitsamt dem Finanzplanprozess als Sanierungsinstrument) derart anzupassen, dass die vom Parlament vorgegebenen Eckwerte eingehalten werden können.

Eingereicht am: 31. Oktober 2019

sig: Hans Wipfli (SVP), C. Nova (SP), R. Rickenbach (FDP), T. Weibel (FDP), P. Zeyer (SP), B. Friedrich (SP), J. Weishaupt (SP), E. Selmani (SP), R. Mahler (SP), Ch. Zeyer (SP), S. Zesiger (FDP), Ch. Leiser (FDP), R. Rüfli (parteilos), E. Hirsiger (SVP), H.R. Hausammann (SVP), A. Gränicher (SVP), 1 x Unterschrift unleserlich

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Der Ratssekretär:

Silvia Fels

Jürg Kumli

Der Stimmenzähler:

Der Stimmenzähler a. i.:

Rajaratnam Saibaven

Walter Zysset

252. Pendenzenliste ab 2015

 o = offen, e = erledigt, ne = *offen, sollte erledigt sein*

Ax #	Titel	Start	Ende	Zustän- dig	Kommentar	Status
2385	<i>Interpellation C. Luyet (GLP) betreffend Benachteiligung Ostermundigens durch FILAG</i>	07.05.15	30.11.15	FS	<i>Beantwortung Regierungsrätin B. Simon noch ausstehend</i>	ne
422	<i>Behörden- und Verwaltungsreform (BVR)</i>	19.09.13	31.12.16	PRA	<i>Kreditabrechnung</i>	ne
2460	<i>Budget/Finanzplan; Beschreibung der Investitionsvorhaben</i>	12.11.15	30.11.16	FS	<i>Einheitliche Gestaltung nach CD/CI. Nur noch auf Homepage aufschalten (--> nicht mehr in Papierform!)</i>	ne
2460	<i>Budget 2016; neue Beschlusseziffer Nr. 4</i>	12.11.15	30.11.16	FS	<i>Wie soll der Ausgleich erfolgen?</i>	ne
2103	<i>Verwaltungsbericht 2015: Motion betr. Kinderschutz durch Verkehrssicherheit bei der Schule Rüti</i>	25.08.16 18.05.17 28.06.18 27.06.19	31.05.17	ÖS	<i>Abschreibung abgelehnt</i>	ne
2157	Schulraumplanung	29.08.19	31.12.20	BKS/HB	Projektplanung erstellen	o
2719	Ortsplanungsrevision: O'mundo	15.12.16 03.05.18	31.12.20	PRÄ	Raumentwicklungswegweiser 2025+ (siehe auch www.omundo.ch); RES im Mitwirkungsverfahren	o
3527	Informations- + Koordinationsstelle 60+	27.06.19	31.08.22	SOZ	Ergebnisse der Projektevaluation abgeben	o